

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg**



**Programm zur
Landtagswahl am 26. März 2006**

Präambel

Zeit für Grün -

- denn wir Grünen haben die Ideen, die Baden-Württemberg braucht!

Frisch, mutig und mit klaren politischen Grundlagen treten wir als eigenständige und unverwechselbare politische Kraft zur Landtagswahl am 26. März 2006 an. Mit weiter entwickelten Konzepten und Ideen geben wir die Antworten auf die drängenden Fragen und Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft.

Unsere Themen, zu denen wir seit vielen Jahren arbeiten, sind aktueller denn je, insbesondere in Baden-Württemberg. Zu vielen der derzeit anstehenden Probleme in Politik und Gesellschaft haben wir kreative und tragfähige Lösungsvorschläge entwickelt.

Die Zeit der ökologischen Nachlässigkeit muss auch in Baden-Württemberg beendet werden. Klimaveränderungen und Umweltkatastrophen verlangen nach einer wirksamen Klimaschutzpolitik. Dafür brauchen wir eine modernisierte Energieversorgung. Den mit der Abschaltung Obergheims begonnenen Atomausstieg müssen wir fortsetzen. Die grüne Strategie "Weg vom Öl" ist – auch aus sicherheitspolitischer Sicht - die tragfähige Antwort auf die knapper werdenden Erdölvorkommen und den steigenden Erdölpreis. Wir wissen heute, dass uns auf lange Sicht nichts so teuer zu stehen kommen wird, wie die Vernachlässigung der ökologischen Aufgaben. Ökologie ist nichts für wirtschaftliche Schönwetterzeiten, sondern die Grundvoraussetzung für den Erhalt unseres Wohlstands und unserer Lebensqualität - für ein lebenswertes Baden-Württemberg. Auch um Arbeitsplätze in Baden-Württemberg zu erhalten und neue zu schaffen, braucht das Land die ökologische Modernisierung – in der Automobilindustrie ebenso wie in der Landwirtschaft, im Tourismus wie in der Energieversorgung. Allein im Bereich der erneuerbaren Energien sind bundesweit in den letzten Jahren 150.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Deutsche Umwelttechnologien sind Exportschlager. Baden-Württemberg kann nur dann erfolgreich bleiben, wenn wir den Weg der ökologischen Modernisierung jetzt konsequent gehen. Wenn wir die globalen Herausforderungen nicht endlich im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung angehen, verspielen wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Baden-Württemberg braucht bessere Bildung. Auch wenn Baden-Württemberg im nationalen Vergleich gut abschneidet, so zeigt PISA, dass wir im internationalen Vergleich nichts als Mittelmaß sind. Bildung entscheidet aber nicht nur über die Lebenschancen jedes einzelnen Menschen – und ist so auch im Kern Sozialpolitik -, sondern auch über die Wettbewerbsfähigkeit des ganzen Landes. Wir lernen von den PISA-Siegern und bieten ein Konzept für ein neues Schulsystem, welches individuell fördert und den fatalen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsabschluss beendet. Ein kluges Baden-Württemberg versteht den Kindergarten bereits als Bildungseinrichtung, muss die Ganztagschule ausbauen und pädagogisch umgestalten und mehr in die Hochschulen investieren.

Wir wollen ein gerechtes Baden-Württemberg. Gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen ist Voraussetzung für ein intaktes Zusammenleben. Mit uns gibt es keine Ausgrenzung oder Benachteiligung von Älteren, MigrantInnen oder Menschen mit Behinderungen. Wir wollen Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen und neue Chancen für Erwerbslose. Bei uns Grünen sind Frauen und Männer gleichgestellt, und Kinder stehen im Zentrum unserer Politik. Eine solidarische Gesellschaft ist die Grundlage für Erfolg – den individuellen wie den des ganzen Landes. Um dies zu erhalten, muss das Verhältnis von Staat, Markt und Bürgergesellschaft neu organisiert werden. Wir wollen deshalb ein verantwortungsbewusstes Baden-Württemberg, das seine Kernaufgaben 'Bildung', 'Umwelt', 'Sozialer Ausgleich' und 'Sicherheit' annimmt und erfüllt - und endlich aufhört, sich auf Kosten nachfolgender Generationen zu verschulden.

Die Landesregierung hat sich zwar personell erneuert, ist die versprochene Modernisierung in der Politik aber schuldig geblieben. Wir wollen diese Politik, wie sie von CDU und FDP im Land betrieben wird, beenden. Die Landesregierung muss abgelöst werden. Baden-Württemberg braucht eine neue Politik, die ökologisch, erfolgreich und gerecht ist: eine Politik, die Arbeitsplätze sichert und neue schafft. Eine Politik, die die Umwelt schützt und nachhaltig die Interessen unserer Kinder und Kindeskiner wahrt. Eine Politik, die Zugang und Teilhabe verbessert und Chancengerechtigkeit herstellt. Eine Politik, die mit neuen Lösungen aufwartet und nicht den alten Mustern verhaftet bleibt. Eine Politik, die endlich wieder Dynamik in Wirtschaft und Gesellschaft entfacht.

Zu vielen unserer politischen Themen gibt es mittlerweile deutliche Mehrheiten in der Gesellschaft. Wir werden weiter daran arbeiten, diese Zustimmung in grüne Wählerstimmen umzuwandeln. Denn nur wenn wir stärker werden, zwingen wir andere Parteien, auf unsere Politik einzugehen und alte Pfade zu verlassen. Nur wenn wir stärker werden, bekommen wir die Chance, unsere Politik zu gestalten. Unsere Themen sind aktueller denn je, und wir haben die richtigen Antworten auf die Fragen von heute und morgen. Es ist Zeit für Grün!

In den vergangenen 25 Jahren haben wir auch aus der Opposition heraus viel erreicht – aber noch lange nicht genug. Energiewende, Verbraucherschutz, gentechnikfreie Landwirtschaft, Natur- und Tierschutz sind Themen, die ohne starke Grüne unter die Räder kommen. Teilhabe, Chancengerechtigkeit, keine Resignation vor Arbeitslosigkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind Werte, die nur mit starken Grünen genug Gewicht bekommen. Nur mit starken Grünen erreichen wir eine Stärkung der Wirtschaft durch ökologische Modernisierung und können die Verschuldung der öffentlichen Haushalte beenden.

Stärken Sie uns! Wählen Sie Grün am 26. März. Wir stehen für eine eigenständige ökologische und gerechte Politik, die unser Land mit seinen vielfältigen städtischen und ländlichen Regionen voranbringt. Wir stehen für ein lebenswertes, gerechtes, kluges, erfolgreiches und verantwortungsvolles Baden-Württemberg.

Sie haben es in der Hand. Ihre Stimme für Grün stärkt Baden-Württemberg.

Lebenswertes Baden-Württemberg

Das Miteinander von kleineren und größeren Städten und dörflichen Strukturen ist charakteristisch für Baden-Württemberg. Die reiche Natur- und Kulturlandschaft – vom Rhein über den Schwarzwald und die Schwäbische Alb bis zum Bodensee – macht das Land für seine BewohnerInnen und Gäste gleichermaßen attraktiv. Eine intakte Natur und der Erhalt der vielfältigen Kulturlandschaften sind Grundlage für den Tourismus als einer der wichtigsten Wirtschaftsbranchen in Baden-Württemberg. Sie sind eng verbunden mit dem Erhalt der bäuerlich strukturierten Landwirtschaft, die mit ihren vergleichsweise eher kleinen Höfen besonders gut geeignet ist, auf qualitativ hochwertige Produkte, ökologischen Anbau und regionale Vermarktung der Erzeugnisse zu setzen.

Unser Land ist reich an Trägern für erneuerbare Energien: Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme und Biomasse bieten sich in Baden-Württemberg zur Erzeugung von Strom und Wärme an. Baden-Württemberg hat die besten Voraussetzungen, ein Musterbeispiel für risikoarme und klimaverträgliche Energieerzeugung zu werden.

Auch an der baden-württembergischen Naturlandschaft wird der Klimawandel nicht spurlos vorübergehen, der von unserem Land aus kräftig "angeheizt" wird: Baden-Württemberg ist bei Emissionen ebenso "spitze" wie beim Flächenverbrauch.

Das Leben in der Stadt ist für viele Menschen attraktiv. Sie schätzen Kultur- und Freizeitangebote sowie die kurzen Wege zur Arbeit und Schule. Aber zunehmende Verkehrsstaus, schlechte Luft, Lärm und Feinstaubbelastung beeinträchtigen die Lebensbedingungen und mindern die Attraktivität. Wenn wir die Lebensqualität in Baden-Württemberg erhalten wollen, müssen wir jetzt handeln.

Die Lebensqualität Baden-Württembergs hängt aber nicht nur von Natur, Klima und Landschaft ab, sondern auch von den Menschen. Stadtviertel leben von kultureller Kreativität. Der sprichwörtliche baden-württembergische "Tüftlergeist" ist Ausgangspunkt für eine vor allem mittelständisch strukturierte Wirtschaft. Noch ist Baden-Württemberg reich an Wissen. Bildung, Forschung und Entwicklung müssen ihren hohen Stellenwert behalten und dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden. Die CDU/FDP-Landesregierung verschließt sich der Erkenntnis, dass Umwelttechnologien, die seit einigen Jahren zu den weltweit wachstumsstärksten Branchen gehören, zu einer neuen Schlüsselbranche für Baden-Württemberg werden können. Wir Grünen treten für eigene Impulse der Landespolitik ein, die Zukunftsbranche "Umwelttechnologien" auszubauen und damit neue zukunftsorientierte Arbeitsplätze zu schaffen.

Mit unseren Vorschlägen zu Energie- und Verkehrspolitik, Naturschutz und Landwirtschaft gestalten wir ein lebenswertes Baden-Württemberg.

Ökologie ist Lebensqualität

Im Rahmen unserer siebenjährigen Regierungsbeteiligung haben wir Grünen, oft auch gegen den Widerstand der SPD, die ökologische Modernisierung in Deutschland vorangetrieben. Von der baden-württembergischen Landesregierung wurde dies verschlafen. Dabei müsste gerade Baden-Württemberg aufgrund seiner besonderen Abhängigkeit vom Atomstrom alles daran setzen, dass durch Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und Förderung erneuerbarer Energien der Atomausstieg klimafreundlich vollzogen wird. Mit der Abschaltung der AKWs in Stade und Obrigheim hat der Ausstieg aus der Atomenergie begonnen. Die konsequente Förderung erneuerbarer Energien hat 150.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, und der Anteil von Sonne, Wind, Wasser und Biomasse an der Stromerzeugung ist mittlerweile mehr als doppelt so hoch wie zu Beginn unserer Regierungsbeteiligung.

Wir haben den Verbraucherschutz gestärkt und die Agrarwende eingeleitet, in deren Mittelpunkt die Produktion gesunder und ökologisch hochwertiger Lebensmittel steht.

Wir haben den Naturschutz rechtlich und faktisch gestärkt und die Abfallpolitik zur Kreislaufwirtschaft weiterentwickelt sowie strenge Anforderungen an die Luftreinhaltung in unseren Städten durchgesetzt.

Von der neuen Bundesregierung in Berlin werden kaum neue Impulse für eine nachhaltige Entwicklung ausgehen. Umso dringlicher muss Baden-Württemberg jetzt endlich das Seine zur ökologischen Modernisierung beitragen. Als Motor einer ökologisch orientierten Entwicklung wird Baden-Württemberg zusätzliche Lebensqualität gewinnen: gute Arbeitsplätze z.B. in der Entwicklung von ökologischen Spitzentechnologien, abwechslungs- und artenreiche Landschaften, gesunde, schmackhafte und gentechnikfreie Lebensmittel. Städte, die nicht in Lärm, Abgasen und Staus ersticken, sondern den Kindern Platz zum Spielen einräumen und den hier lebenden Menschen Luft zum Atmen lassen.

Nur mit einer intakten Umwelt kann unser Land lebenswert bleiben. Der Satz "Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt" hat für uns weiterhin Gültigkeit. Allein schon deshalb bedarf Umweltschutz keiner weiteren Rechtfertigung.

Neue Energie auch für Baden-Württemberg

Es wird immer deutlicher, dass Energiepolitik der Schlüssel sowohl für die Bewältigung der drohenden Klimakatastrophe als auch für den Erhalt wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit ist. Wir Grünen haben im Bund eine ganze Reihe von Maßnahmen durchgesetzt, aufgrund derer Deutschland im Klimaschutz eine Vorreiterrolle übernommen hat. Dazu gehören die ökologische Steuerreform mit ihrem Einsparanreiz, die neue Energiesparverordnung, ein wirksames CO₂-Gebäudesanierungs-Programm, die Förderung der regenerativen Energien über das 100.000-Dächer-Programm sowie das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Rund 70 Mio. t CO₂ – soviel wie Baden-Württemberg insgesamt pro Jahr emittiert – wurden alleine 2004 durch den bundesweiten Einsatz erneuerbarer Energien vermieden. Unser Ziel ist es, bis 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien an den Primärenergieträgern bei Strom, bei der Wärme, bei Treibstoffen und bei Rohstoffen für die Industrie jeweils um 25 Prozent zu steigern. Bei der Stromerzeugung soll der Anteil auf 15 Prozent bis 2010 und 25 Prozent bis 2020 ausgebaut werden. Die Energie-Effizienz soll bis 2020 verdoppelt werden. Konsequente Energieeinsparung führt zu einer Reduzierung des Energiebedarfs um rund 10 Prozent bis 2020.

Parallel dazu haben wir mit dem Atomenergieausstiegsgesetz die schrittweise Beendigung dieser Risikotechnologie mit ihren strahlenden Hinterlassenschaften festgeschrieben. Mit der Stilllegung des Atomkraftwerks Obrigheim im Mai 2005 hat Baden-Württemberg den ersten wichtigen Schritt in Richtung Atomausstieg vollzogen. Der Atomausstieg muss konsequent weitergehen. Im Jahr 2008 wird das AKW Neckarwestheim I folgen, 2012 der Reaktor Philippsburg I. Auch bei unseren Nachbarn im Süden und Westen setzen wir uns für ein Ende der Atomkraft ein. Insbesondere wollen wir alle politischen und diplomatischen Möglichkeiten nutzen, um auf eine schnelle und ersatzlose Stilllegung des französischen AKW Fessenheim hinzuwirken.

Wir wollen Baden-Württemberg bei der Nutzung erneuerbarer Energien an die Spitze der Bundesländer bringen. Der knapper werdende Rohstoff Öl darf in erster Linie nicht mehr für die Gebäudebeheizung verschwendet werden. Neben Solarenergie und Wasserkraft soll die energetische Nutzung der Biomasse zu einer tragenden Säule der Energieversorgung werden. Die Energiegewinnung aus Holzhackschnitzeln, Holzpellets und Biogas sowie der Einsatz von Biokraftstoffen helfen der Umwelt, tragen zur Kostenreduzierung bei, sichern landwirtschaftliche Existenzen und schaffen neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum und in der mittelständischen Wirtschaft. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz lohnt sich der Bau von Windkraftanlagen nur dort, wo genug Wind weht. Das ist aber auch in Baden-Württemberg an vielen Orten der Fall. Wir stellen uns weiterhin entschieden gegen die Landesregierung, wenn sie an ihrem ideologischen, rückwärts gewandten Kampf gegen die Windräder festhält, deren Bau im Übrigen 180 Firmen in Baden-Württemberg Aufträge verschafft. Für die Nut-

zung der Erdwärme (Geothermie) zur Wärmeversorgung und Stromgewinnung hat Baden-Württemberg mit dem Oberrheingraben und in Bad Urach ideale Voraussetzungen.

Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, in denen sich diese neuen Technologien optimal entwickeln können, indem wir Forschung und Pilotprojekte fördern und Risiken durch das Land absichern. Um in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Krankenhäusern und Universitäten Energie zu sparen und erneuerbare Energien einzusetzen, wollen wir ein umfassendes Contractingprogramm starten: Private Investoren finanzieren Umbau- und Sanierungskosten und erhalten dafür aus den eingesparten Energiekosten Zinsen für ihr Engagement. ArchitektInnen, BauingenieurInnen und HandwerkerInnen sollen im Hinblick auf den Einsatz erneuerbarer Energien besser ausgebildet werden. Entsprechende Fortbildungsmöglichkeiten wollen wir fördern.

Energiepolitik in Baden-Württemberg richtete sich in der Vergangenheit zu oft nach dem Grundsatz "Was gut ist für die EnBW, ist auch gut für Baden-Württemberg". Das Ergebnis sind die bundesweit höchsten Strompreise – für Strom, der überwiegend aus Atomkraftwerken und alten Kohlekraftwerken mit Wirkungsgraden von gerade einmal 30 bzw. unter 40 Prozent kommt. Wir leisten uns eine Form der Stromerzeugung, die weder modern noch preiswert ist. Unser Ziel ist es, verstärkt die Chancen des liberalisierten Energiemarktes zu nutzen und dabei auch neue Investoren an den Energieerzeugungsstandort Baden-Württemberg zu locken. Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien müssen als Übergangstechnologie auch hocheffiziente, dezentrale Gaskraftwerke mit Kraftwärmekopplung zum Einsatz kommen. In einem Bündnis mit den rund 80 Stadtwerken im Land wollen wir den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplungstechnologie zum Nutzen der Umwelt, aber auch zum Nutzen der VerbraucherInnen und unserer mittelständischen Wirtschaft in den kommenden Jahren entscheidend voranbringen.

Neue Verkehrspolitik für das traditionelle Autoland

Der Fahrzeugbau hat in Baden-Württemberg traditionell eine starke Stellung. Besonders in der Region Stuttgart hängen überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze vom Automobil ab. Knapper werdende Ressourcen an fossilen Treibstoffen und wachsende Umweltbelastung durch Verkehr verlangen hier einen schnellen Strukturwandel, den unser Land nicht verschlafen darf. Nur wenn die Entwicklung alternativer Antriebe und Sprit sparender Fahrzeuge schnellstens auf die Tagesordnung gesetzt wird, kann Baden-Württemberg auch in Zukunft im Bereich der Fahrzeugtechnologien eine führende Rolle auf den Weltmärkten einnehmen. Neue technische Verfahren für die Herstellung biogener Treibstoffe sowie der Hybrid- und Brennstoffzellenantrieb bieten Perspektiven für Arbeit und Umwelt in Baden-Württemberg. Das Land muss solche Visionen zum zentralen Leitbild seiner Umwelt-, Forschungs- und Industriepolitik erheben und darf diese Entwicklungen im Interesse tausender Beschäftigter nicht behindern, indem es weiter an veralteten Technologien festhält. In Zukunft werden sparsame und umweltfreundliche Autos verkauft oder gar keine.

Wir wollen durch eine innovative Verkehrspolitik dazu beitragen, dass Baden-Württemberg zum Modellland effizienter, bezahlbarer, klima- und umweltfreundlicher Mobilität wird.

Luftreinhaltepolitik – die Landesregierung blockiert und pennt

Die Umsetzung der europäischen Luftreinerichtlinie hat Baden-Württemberg, wie bei vielen anderen Umweltgesetzen auch, zuerst im Bundesrat blockiert und verzögert. Danach wurden die neuen Gesetze viel zu spät auf Landesebene umgesetzt. Trotz vielfach gemessener Grenzwertüberschreitungen an zahlreichen hoch belasteten Straßen fehlen Luftreinhalte- und Aktionspläne für Belastungsgebiete. So kommt es, dass in Ballungsräumen wie Stuttgart, Karlsruhe und Reutlingen/Tübingen die Feinstaubbelastung weit über den zugelassenen Grenzwerten liegt. Saubere Luft ist eine grundlegende Voraussetzung für ein gesundes Leben in unseren Städten.

Luftreinhaltung/Rußfilter – Schluss mit der Verweigerungshaltung

Laut einer Studie der Europäischen Union sind Feinstäube aus Diesel- und Industrieabgasen allein in Deutschland jedes Jahr für rund 65.000 Todesfälle verantwortlich. Die winzigen Staub- und Rußpartikel lassen die Lebenserwartung jedes Europäers im Schnitt um neun Monate sinken. Mit dem Rußfilter steht seit Jahren eine Technologie zur Verfügung, mit deren Hilfe sich die Partikel um annähernd 99 Prozent reduzieren lassen. Während in Frankreich der Filter bereits seit Jahren serienmäßig in die Fahrzeuge eingebaut wird, hat Baden-Württemberg sich im Bundesrat noch vehement dafür eingesetzt, die entsprechenden Grenzwerte aufzuheben. Und das, obwohl in Baden-Württemberg zwei Weltmarktführer für Abgasreinigungstechnik ihren Firmensitz haben, die Rußfilter für Dieselfahrzeuge produzieren. Wer wie CDU und FDP die rasche Einführung neuer Abgasreinigungstechniken ausbremst, gefährdet neben der Gesundheit der BürgerInnen und vor allem der Kinder auch Tausende von Arbeitsplätzen. Wir sind der Meinung: Dieselfahrzeuge ohne Rußfilter haben in unseren Städten nichts verloren!

Überfällig sind auch steuerliche Maßnahmen bei der Förderung der Nachrüstung von Fahrzeugen mit Dieseldieselrußfiltern sowie beim Kauf von Neufahrzeugen. Die von der Großen Koalition nach monatelanger Blockade durch den CDU-dominierten Bundesrat verabschiedete Neuregelung ist völlig unzureichend und wird das Feinstaubproblem nicht schnell und wirksam bekämpfen.

Verkehrspolitik ist auch Infrastrukturpolitik und damit ein wesentlicher, wenn auch häufig überschätzter Faktor der Wirtschaftsförderung. In vielen Ballungsräumen im Land sind Staus an der Tagesordnung. Das Konzept, hiergegen mit immer neuen Straßen anzukämpfen, ist nicht aufgegangen. Wir wollen deshalb den Kommunen durch Landesgesetz die Möglichkeit geben, eine City-Maut nach Londoner Vorbild zu erheben, deren Einnahmen zum Ausbau und Betrieb des öffentlichen Nahverkehrs eingesetzt werden können und so die Belastung der Umwelt wie der Menschen reduzieren. Mehr Menschen nutzen öffentliche Verkehrsmittel, und wer das Auto braucht, kommt schneller und mit weniger Schadstoffausstoß durch. Der LKW-Ausweichverkehr infolge der Autobahnmaut muss kurzfristig durch geeignete Maßnahmen reduziert werden. Eine Autobahnvignette für PKWs lehnen wir dagegen ab; diese würden lediglich die Autobahnen entlasten und mehr Verkehr auf Ausweichstrecken und damit in unsere Städte und Ortschaften bringen. Unfälle mit Kraftfahrzeugen zählen zu den Haupttodesursachen bei jungen Menschen. Hier muss mehr getan werden: Eine Ausweitung regionaler Geschwindigkeitsbegrenzungen senkt das Tempo und sorgt so für mehr Sicherheit auf unseren Straßen.

Angesichts des absehbaren demografischen Wandels sind der Ausbau des ÖPNV und der Erhalt des vorhandenen Straßennetzes wichtiger als weiterer Straßenbau. Die Landesregierung hat in den letzten zehn Jahren nie die von ihr selbst für notwendig erachteten Mittel für den Erhalt der Landesstraßen bereit gestellt. Stattdessen wurden mit kreditfinanzierten Sonderprogrammen immer neue Landesstraßen gebaut, die künftig unterhalten werden müssen. Wir wollen diesen Unsinn stoppen: keine Schattenhaushalte mehr, stattdessen Konzentration der Landesmittel auf den Erhalt des Straßennetzes, damit die Schlaglöcher in zehn Jahren nicht so tief sind wie die Haushaltslöcher.

Landesweit mobil mit Bussen und Bahnen

Busse und Bahnen sind insbesondere für Jugendliche, für Behinderte, für wirtschaftlich Schwache und für alte Menschen oft das einzige Verkehrsmittel. Ihre Eigenständigkeit in einer Gesellschaft, für die Mobilität immer wichtiger wird, gilt es zu stärken. Für sie und als

echte Alternative zum Autoverkehr wollen wir Busse und Bahnen zu einem verlässlichen Gesamtsystem im Flächenland Baden-Württemberg machen. Insbesondere Stadtbahnkonzepte nach Karlsruher Vorbild bringen Entlastung und Mobilität gleichermaßen. Unser perspektivisches Ziel ist, auch abseits der Schiene alle Ortschaften an allen Tagen der Woche mit einem verlässlichen Takt anzubinden. Dazu muss im ländlichen Raum der Busverkehr durch flexible Anruf-Sammeltaxi-Systeme ergänzt werden. Wer sein Fahrrad mitnehmen kann, hat noch mehr vom ÖPNV. Zentrale Einrichtungen wie etwa Krankenhäuser müssen aus ihrem gesamten Einzugsgebiet per ÖPNV gut erreichbar sein. Nachtbusssysteme machen junge Menschen mobil und bringen mehr Verkehrssicherheit. Das Land muss die zuständigen Städte und Landkreise durch eine verlässliche ÖPNV-Finanzierung unterstützen. Wir kritisieren die Kürzungen der Landesregierung in diesem Bereich scharf.

Der Bahnverkehr bildet für uns das Herzstück des öffentlichen Nahverkehrs. Hier droht Gefahr. Die Landesregierung will praktisch alle verfügbaren Mittel der nächsten zehn Jahre für die Tieferlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofs einsetzen. Wir halten das "Projekt Stuttgart 21" für Geldverschwendung. Die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm kann ebenso mit der wesentlich kostengünstigeren Modernisierung des Kopfbahnhofs realisiert werden. Dann wären Mittel verfügbar, die sinnvoller für die Förderung vieler kleinerer Projekte im ganzen Land eingesetzt werden könnten.

Nach Schweizer Vorbild wollen wir überall im Land ein attraktives Bahnangebot schaffen, mit kurzen Wegen und schnellen, vertakteten Verbindungen, statt wenige Großstädte und deren Flughäfen mit Tempo 300 zu verknüpfen. Dafür haben wir über hundert kleinere und mittlere Ausbaumaßnahmen benannt. Ein wichtiges Projekt ist der vierspurige Ausbau der Rheintalstrecke. Wir treten für eine zügige Umsetzung ein.

Das in der Schweiz sehr erfolgreiche Car-Sharing erweist sich zunehmend als Schlüssel zur 'Kombinierten Mobilität'. Wir wollen Car-Sharing als Alternative zum Autobesitz fördern und somit den vernünftigen Verkehrsmiteinsatz stärken. Dies käme in erster Linie dem öffentlichen Nahverkehr zugute.

Ein Flächenland braucht Züge: Wir wollen die planlose Streichung von Verbindungen durch die Landesregierung stoppen. Während der Bund dem Land jedes Jahr mehr Geld für den Schienenverkehr überweist, kürzt das Land die Ausgaben immer stärker und behält die Differenz ein. Dazu kommt ein schlecht verhandelter Vertrag mit der Deutschen Bahn, der das Land in Abhängigkeit hält. Mittlerweile hat sogar die EU-Kommission wegen dieses Vertrages gegen Deutschland ein Verfahren wegen Wettbewerbsausschluss eingeleitet. Wir wollen die Bahn als Nah- und Fernverkehrsmittel erhalten und durch Ausschreibungen bessere Preise und Leistungen für die Bahnkunden erzielen.

Müll soll künftig auf der Schiene zu den Verbrennungsanlagen transportiert werden. Das seit dem 1. Juli 2005 geltende Verbot der Deponierung von unbehandeltem Restmüll darf keine Ausrede sein, um die Anstrengungen zur Müllvermeidung zu reduzieren. Wir wollen die Müllmenge weiter drastisch verringern. Obwohl Mengen und die Entfernungen für einen Transport auf Schienen geradezu ideal sind, scheitert dies bislang an den fehlenden Verladeeinrichtungen. Wir wollen dieses Problem gezielt durch den Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur lösen und den Mülltourismus auf der Straße beenden. Primäres Ziel ist jedoch, Abfall zu vermeiden und somit einen sparsamen Umgang mit Umwelt und Ressourcen zu erreichen.

Das Flugzeug ist das umweltschädlichste Verkehrsmittel und wird von der Landesregierung auf besondere Weise subventioniert. Rein rechnerisch erhält derzeit jeder Fluggast, der einen Billigflieger in Söllingen bei Karlsruhe besteigt, vom Land zehn Euro Zuschuss. Baden-Württemberg gibt mehr Geld für Flughafenförderung als für Sprachförderung aus. Wir wollen diese unsinnigen Subventionen stoppen. Wer fliegen will, soll auch die anteiligen Kosten für den Betrieb des Flughafens mit seinem Ticket bezahlen.

Vom Radverkehr hält die Landesregierung nichts. Wir setzen uns für eine konsequente Förderung durch ein Landesradverkehrsprogramm ein, das den Kommunen hilft, den Radverkehr attraktiv zu machen und ein benutzbares, gut verknüpftes und einheitlich beschildertes Radwegenetz im Land bereitstellt. Wir wollen den Radfahranteil am Verkehr im Land in zehn Jahren verdoppeln. Radfahren ist umweltfreundlich, wirtschaftlich, gesund für Körper und Geist - und in der Stadt bei entsprechender Infrastruktur schneller als jedes Auto.

Den Flächenverbrauch eindämmen

Neben dem Klimaschutz und der Verbesserung der Luftqualität in unseren Städten gehört der Flächenverbrauch in den nächsten Jahren zu den wichtigsten umweltpolitischen Handlungsfeldern in unserem Land: Pro Tag wird in Baden-Württemberg eine Fläche in der Größe von 25 Fußballfeldern zugebaut – und damit auch immer mehr Fläche zerschnitten. Gab es vor 20 Jahren noch über 30 unzerschnittene, verkehrsarme und somit verkehrslärmarme Räume mit jeweils mehr als 10.000 ha, sind davon heute gerade noch 8 übrig geblieben. Eine solche Entwicklung hat Folgen für den Wasserhaushalt wie für den Naturschutz, aber auch für den Tourismus, der einer der wichtigsten Wirtschaftssektoren in unserem Land ist. Mit einer umfassenden Strategie wollen wir den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2012 halbieren: Im planungsrechtlichen Bereich - beim Wohnungsbau und bei der Gewerbeansiedlung – wollen wir innerörtliche Brachflächen und Konversionsflächen mobilisieren, und die Chancen von marktwirtschaftlichen Instrumenten, wie z.B. Flächenzertifikaten - analog dem Emissionshandel beim Klimaschutz - konsequent nutzen.

Wir wollen nicht immer noch mehr Einkaufstempel auf der Grünen Wiese. Auch im Hinblick auf die sich verändernde Altersstruktur unserer Bevölkerung muss der innerstädtische und örtliche Einzelhandel gestärkt werden. Dazu müssen die Regionen in ihrer Planungskompetenz gestärkt werden. Anstatt weiter freie Fläche zu verbrauchen, empfiehlt sich die Nutzung von Baulücken und leeren Immobilien in den Ortskernen. Das reduziert Anfahrtswege und die Verkehrsbelastung und erhöht die Lebensqualität unserer Innenstädte.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich Baden-Württemberg im Bundesrat aktiv für eine ökologische und gerechte Grundsteuerreform engagiert. Eine Reform der Grundsteuer als kommunale Vermögensteuer steht seit langem aus. Veraltete Bewertungsverfahren machen die Steuer ungerecht.

Dabei sichert die Grundsteuer den Kommunen stabile Steuereinnahmen und ist gleichzeitig ein geeignetes Instrument, um der Zersiedelung der Städte entgegenzuwirken. Auch beim Flächenverbrauch gilt, dass Preise die ökologische Wahrheit widerspiegeln sollen. Das Hebesatzrecht der Gemeinden soll erhalten bleiben. Die Grundsteuer muss Anreize für flächensparende Bauweise setzen und der Mobilisierung von erschlossenen, aber unbebauten Grundstücken dienen.

Mobilfunk

Die Diskussion über gesundheitliche Schäden von Elektromog hält unvermindert an. Ein abschließendes, seriöses Forschungsergebnis ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Gleichzeitig wird die Mobilfunktechnologie mit dem UMTS-Netz rasant ausgebaut, kommen mit der Digitalisierung von Fernsehen, Rundfunk, Polizeifunk, Feuerwehrnotruf u.a. neue Diskussionen über gesundheitliche Risiken auf. Die Landesregierung hat 2003 mit der Genehmigungsfreiheit für Sendeanlagen bis 10 m Höhe einseitig die Rechte der Betreiber gestärkt und die der AnwohnerInnen faktisch abgeschafft. Die freiwillige Vereinbarung der Mobilfunkbetreiber mit den kommunalen Spitzenverbänden hat nicht die versprochenen Verbesserungen gebracht. Angst vor gesundheitlichen Schäden, Technikfurcht und die Entwertung von Wohneigentum im Umfeld der Anlagen sind die Folgen.

In dieser Situation handelt Politik nur dann verantwortungsbewusst, wenn sie den vorsorgenden Gesundheitsschutz zum Maßstab ihres Handelns macht. Für uns Grüne ist dabei ein

wesentliches Ziel, die Grenzwerte deutlich zu senken und die durchschnittliche Strahlenbelastung für die Bevölkerung zu reduzieren. In Kindergärten und Schulen muss ein verantwortungsbewusster Umgang mit der Mobilfunktechnologie vermittelt werden.

Wir wollen die Genehmigungsfreistellung für Mobilfunkanlagen bis 10 m Höhe aufheben und generell eine Genehmigungspflicht mit Beteiligung der Gemeinden und AnwohnerInnen einführen. In der Bauleitplanung wollen wir den Gemeinden das Recht auf die Festschreibung von Standortkonzepten für Mobilfunkanlagen einräumen. Damit wollen wir neue kommunale Steuerungsmöglichkeiten schaffen und erreichen, dass insbesondere in der Umgebung von Gesundheits- und Alteneinrichtungen, Schulen und Kindergärten die Errichtung von Sendeanlagen ausgeschlossen wird.

Das magische Dreieck: Landschaft nutzen - Natur schützen - Tourismus stärken

Unter der CDU/FDP-Landesregierung stand der Naturschutz lange Zeit selbst auf der "Roten Liste". Wichtige Projekte der EU, wie beispielsweise die Umsetzung der FFH-Richtlinie (Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen), wurden nur widerwillig und meist erst auf Druck der Umweltverbände und der EU-Kommission angegangen. Bei der Umsetzung des neuen, vom früheren Bundesumweltminister Jürgen Trittin auf den Weg gebrachten Bundesnaturschutzgesetzes in Landesrecht hat die Landesregierung die gesetzlich vorgeschriebene Frist schlichtweg verstreichen lassen. Die für die konzeptionelle und fachliche Arbeit im Naturschutz überaus wichtigen Bezirksstellen für Naturschutz und Landschaftspflege wurden bis zur Unkenntlichkeit zusammengestrichen und im Zuge der Verwaltungsreform ganz aufgelöst. Die Ankündigung von Ministerpräsident Günther Oettinger, einer jahrelangen Forderung der Grünen nachzugeben und auf dem Gelände des ehemaligen Truppenübungsplatzes Münsingen ein Biosphärengebiet einzurichten, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung und zugleich ein wichtiger Erfolg grüner Naturschutzpolitik. Dies kann aber nur der Anfang für eine grundlegende Kurskorrektur in der Naturschutzpolitik sein. Eine neue Landesregierung muss endlich Konsequenzen daraus ziehen, dass Naturschutz und der Erhalt unserer Kulturlandschaften nicht nur wichtige Werte an sich sind, sondern mehr denn je die ökonomische Basis für den Tourismus im Land darstellen.

Das Reservatsdenken beim Naturschutz muss beendet werden. Um das Artensterben zu stoppen, muss die Natur großflächig geschützt werden. Deshalb plädieren wir für Konzepte, die Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus integrieren. Baden-Württemberg ist das einzige Flächenland, das noch nicht über Großschutzgebiete wie Nationalparks und Biosphärengebiete verfügt. Das wollen wir ändern. Die Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass in solch großflächigen Schutzgebieten nicht nur die Natur besser geschützt wird, sondern auch Landwirtschaft und Tourismus davon profitieren. Mit Nationalparks und Biosphärenreservaten lässt sich vortrefflich für einen umwelt- und familienfreundlichen Tourismus werben. Für viele Regionen im ländlichen Raum bietet sich mit der Einrichtung großflächiger Schutzgebiete eine Chance, neue Arbeitsplätze zu schaffen und neue regionale Werte zu entwickeln, ohne dabei die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören.

Auch heute noch erfüllen Streuobstwiesen eine wichtige Funktion in unserer Kulturlandschaft. Sie prägen unser Landschaftsbild und sind für viele Tier- und Pflanzenarten wichtiger Überlebensraum. Immer mehr Streuobstwiesen sind heute in ihrer Existenz bedroht. Neben der Zerstörung durch Überbauung liegt ein Hauptgrund im rasant anwachsenden Import von billigen Apfelsaftkonzentraten aus allen Teilen der Erde. Die Folge dieser Entwicklung: Der Erhalt und die Pflege von Streuobstwiesen lohnen sich - finanziell gesehen - nicht mehr. Wir wollen die VerbraucherInnen über diesen Zusammenhang aufklären und durch eine klare Kennzeichnung erreichen, dass Saft aus heimischen Streuobstwiesen wieder mehr KäuferInnen findet. Auch unser Einsatz für den Erhalt des Branntweinmonopols hat die Pflege der Streuobstwiesen zum Ziel. Durch eine verbesserte Förderung der Streuobstwiesen-Pflege wollen wir Anreize schaffen, neue Bäume zu pflanzen.

Schaffung von Rückhaltevolumen

Die Grünen werden den vorbeugenden Hochwasserschutz als gemeinschaftliche Aufgabe mehr als bisher in das Bewusstsein von Kommunen, BürgerInnen und Wirtschaft rücken. Die Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms muss zügig vorangebracht und die dafür notwendigen finanziellen Mittel müssen bereitgestellt werden.

Die wasserwirtschaftlich wirksamste und ökologisch günstigste Form der ungesteuerten Retention ist die Dammrückverlegung. Damit können auch kleinere Hochwasserführungen vermindert werden. Der damit verbundene größere Flächenbedarf wirkt sich auch positiv in Bezug auf die Wiederherstellung von Auebiotopen aus. Auch das Bauverbot in Überschwemmungsgebieten muss konsequent durchgehalten und entsprechende Änderungen müssen in Bebauungsplänen, Flächennutzungsplänen und Regionalplänen vorgenommen werden.

Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Der ehemalige Truppenübungsplatz Münsingen auf der Hochfläche der Schwäbischen Alb bietet angesichts der vorhandenen ökologischen und kulturlandschaftlichen Potenziale eine einmalige Chance für den Naturschutz, aber auch für eine umweltverträgliche regionale Entwicklung. Auf dem seit 1895 als militärischem Übungsgelände genutzten Gebiet existieren Tiere und Pflanzen, die auf der Roten Liste der vom Aussterben bedrohten Arten stehen. Die Grünen fordern deshalb seit Jahren, den Truppenübungsplatz und seine Umgebung in ein Biosphärengebiet umzuwandeln. Dieses in Baden-Württemberg einmalige Schutzgebiet bietet, neben dem Erhalt wertvoller Naturräume, Entwicklungsmöglichkeiten für alle Kommunen in der Umgebung des Truppenübungsplatzes. Mit dem Biosphärengebiet als Aushängeschild kann für die Region, ihre hohe Lebensqualität und die regionalen Produkte geworben werden, um langfristig Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze rund um den sanften Tourismus entstehen zu lassen. Gleichzeitig wird diese einzigartige Landschaft für Mensch und Natur erhalten.

Dem Staatsziel "Tierschutz" Geltung verschaffen

Tiere sind Lebewesen und haben das im Staatsziel "Tierschutz" festgeschriebene Recht auf ein artgerechtes Leben. Tierschutzorganisationen müssen dieses Recht vor Gericht mit einer Verbandsklage durchsetzen können. Dabei orientieren wir uns an der Verbandsklage im Rahmen des Umwelt- und Naturschutzrechts.

Wir setzen uns für ein Forschungsprogramm des Landes ein, das Alternativen zu Tierversuchen entwickeln soll, um eine schrittweise Überwindung von Tierversuchen zu erreichen. Die artgerechte Tierhaltung muss zu einem Qualitäts- und Markenzeichen unseres Bundeslandes werden. Durch Kooperationen von Schulen und Biobauernhöfen sollen Kinder dafür sensibilisiert werden, dass die angeborenen Bedürfnisse der Tiere nicht missachtet werden dürfen. Im Bundesrat muss unser Bundesland eine Vorreiterrolle bei der tierschutzgerechten Weiterentwicklung der Nutztierhaltungsverordnung übernehmen. Dabei müssen der Ausstieg aus der Käfighaltung verteidigt und vergleichbare Fortschritte bei der Haltung aller anderen landwirtschaftlichen Nutztiere erreicht werden.

Gesund und ökologisch erzeugte Lebensmittel zum Markenzeichen der baden-württembergischen Landwirtschaft ausbauen

Wir wollen die unter Renate Künast eingeläutete Agrarwende zur Grundlage eines neuen Leitbildes für die baden-württembergische Landwirtschaft machen. Wir sehen darin eine Chance, den rasanten Strukturwandel und das zunehmende Sterben von Höfen zu stoppen.

Aufgrund ihrer kleinräumigen Struktur hat die baden-württembergische Landwirtschaft im internationalen Preiskampf derzeit Wettbewerbsnachteile. Zukunft hat sie nur, wenn sie auf Qualität und Spezialisierung setzt. Qualität heißt: ein sorgfältiger, Natur schonender, möglichst ökologischer Anbau, der keine Massenware, sondern hochwertige und schmackhafte Lebensmittel erzeugt. Wir wollen, dass in Baden-Württemberg der ökologische und gentechnikfreie Landbau besonders gefördert wird – er schützt die Ressourcen, erhält die Bodenqualität und belastet das Grundwasser nicht. Umwelt- und artgerecht erzeugte hochwertige Lebensmittel müssen zukünftig zum Markenzeichen Baden-Württembergs werden, um sich von der anonymen Massenware im Supermarkt zu unterscheiden. Dies sichert das Einkommen der Landwirte und schützt unsere Kulturlandschaften.

Im Zuge der Förderung der einheimischen Landwirtschaft wollen wir uns für eine Stärkung regionaler Kreisläufe einsetzen. Wir wollen die Chancen für die Vermarktung regionaler Produkte in Einrichtungen der öffentlichen Hand wie Ganztagschulen, Krankenhäusern sowie Uni- und Behördenkantinen grundlegend verbessern. Im Gastronomiesektor, in den Schulen und in der breiten Bevölkerung wollen wir durch eine verbesserte Verbraucheraufklärung ein Bewusstsein für regionale und ökologisch hochwertige Produkte schaffen.

Der ökologische Landbau bietet viele Vorteile: Neben besserem Schutz von Böden und Grundwasser ist die Artenvielfalt auf ökologisch bewirtschafteten Flächen wesentlich größer als auf konventionell bewirtschafteten Böden. Ökologisch erzeugte Lebensmittel sind weitgehend unbelastet von Schadstoffen und in der Regel schmackhafter als konventionell erzeugte Produkte. Außerdem birgt die Produktion dieser Lebensmittel ein deutlich höheres Arbeitsplatzpotenzial. Wir wollen den ökologischen Landbau aus seinem Nischendasein herausholen und stärker ins Zentrum der baden-württembergischen Landwirtschaftspolitik rücken. Die bereits existierenden Agrarumweltprogramme müssen so gestaltet werden, dass sie genügend Anreize bieten, auf ökologischen Landbau umzustellen. Im Bereich des Marketings wollen wir die eingesetzten Mittel stärker zur Bewerbung ökologischer Produkte einsetzen.

Gentechnikfreie Zone Baden-Württemberg

Wir Grünen wollen in Baden-Württemberg eine Landwirtschaft ohne Gentechnik. Mehr als drei Viertel der Bevölkerung wollen keine gentechnisch manipulierten Lebensmittel. Das Recht der Menschen auf gentechnikfreie Nahrung und das Recht der Landwirte auf gentechnikfreien Anbau müssen geschützt werden. Voraussetzung für eine gentechnikfreie Landwirtschaft ist reines Saatgut. Klare Kennzeichnungsregelungen mit einem Schwellenwert an der Nachweisgrenze sind dafür unabdingbare Voraussetzung. Die Risiken von Genprodukten sind bisher nicht ausreichend erforscht. Auch ist nach wie vor offen, wie sich ausgekreuzte Pflanzen in der Natur entwickeln. Verschiedene Studien haben jedoch gezeigt, dass es sowohl bei Pflanzen wie bei Tieren, die mit Genpflanzen gefüttert wurden, Veränderungen bzw. gesundheitlich bedenkliche Auswirkungen gibt, die vorher nicht absehbar waren. Wir wollen kein Risiko eingehen und lehnen vorschnell erteilte Genehmigungen ab. Die Haftungsregelung, die durch die frühere grüne Ministerin Renate Künast auf Bundesebene im Gentechnikgesetz verankert wurde, ist ein wirksames Instrument, um der schleichenden Verunreinigung von Nahrungsmitteln und Saatgut Einhalt zu gebieten. Die von der schwarz-roten Bundesregierung vorgesehene Aufweichung dieser Regelung geht zu Lasten der kontrollierten und ökologisch wirtschaftenden Landwirte.

Die Koexistenz von herkömmlichen Kulturen und gentechnisch veränderten Kulturen ist ganz besonders in unserer kleinflächig strukturierten Landwirtschaft nicht möglich. Trotzdem hält die CDU/FDP-Landesregierung unbeirrt an ihrem Kurs fest und möchte gegen den Willen der Bevölkerung und gegen große Teile unserer BäuerInnen die baden-württembergischen Äcker für die Gentechnik öffnen. Profitieren werden davon ausschließlich die Saatgutmultis. Wir Grünen lehnen diesen endgültigen Schritt in Richtung Industrialisierung der Landwirt-

schaft ab. Stattdessen unterstützen wir die Gründung von gentechnikfreien Zonen und Regionen.

Vom Landwirt zum Energiewirt

Dank der von den Grünen vorangetriebenen neuen Energiepolitik ist Deutschland Vorreiter bei der Nutzung der erneuerbaren Energien. Viele Menschen im ländlichen Raum, insbesondere Landwirte, haben die Vorteile für sich erkannt und in zahlreiche Biomasse-, Biogas- und Solaranlagen investiert. Auch die Energiegewinnung durch Wind und die kleine Wasserkraft kann Landwirten ein zusätzliches finanzielles Standbein schaffen. CDU und FDP wollen zum Schaden der einheimischen Landwirte auch hier das Rad der Zeit wieder zurückdrehen. Das Land muss sich aber stattdessen stärker als bisher vor allem in der Nutzung der Biomasse engagieren. Ein waldreiches Land wie Baden-Württemberg muss die Nutzung von Holz als CO₂-neutralem Brennstoff intensiv unterstützen. Wir wollen die von der CDU/FDP-Landesregierung gestrichenen Förderprogramme für Holzhackschnitzelanlagen wieder neu auflegen.

Kluges Baden-Württemberg

Bildung ist ein Grundrecht

Bildung wird immer wichtiger: in der frühen Kindheit, in der Schule und ein Leben lang. Uns geht es vorrangig um Persönlichkeitsbildung. Denn auf Bildung basiert die Fähigkeit der Menschen, selbstständig ihr Leben zu gestalten und Verantwortung für sich selbst, für die Gemeinschaft und für die Umwelt zu übernehmen.

Bildung ist Chancengerechtigkeit

Der Zugang zu Bildung ist eine zentrale Frage der sozialen Gerechtigkeit. In der Wissensgesellschaft entscheidet Bildung über gesellschaftliche, ökonomische und politische Teilhabe. Wir können und dürfen es uns nicht leisten, junge Menschen zurück zu lassen und ihnen die Chance auf Bildung zu verbauen.

Deshalb werden wir Zugangshürden abbauen und das Bildungswesen offener gestalten. Unabhängig von Geschlecht, sozialem Status oder ethnischer Herkunft wollen wir jedes Kind und jeden Jugendlichen entsprechend seiner Bedürfnisse fördern.

Bildung ist Wettbewerbsvorteil

Erfindungsreichtum und Kreativität der Menschen sind im internationalen Wettbewerb die Stärken des Standorts Baden-Württemberg. Bundesweit steht Baden-Württemberg zwar im Bildungsbereich nicht schlecht da: Wie die PISA-Studien aber gezeigt haben, wurde es im internationalen Vergleich von erfolgreichen Bildungsländern mit ähnlicher Wirtschafts- und Sozialstruktur längst überholt.

Bildung ist öffentliche Verantwortung

Bildung ist die Kernaufgabe des Landes. Eine Regierung, die an der Bildung spart, wird ihrer Verantwortung nicht gerecht und gefährdet die Zukunft des Landes.

Denn Kinder brauchen nicht nur Eltern, sondern ein ganzes Gemeinwesen, das sich der Verantwortung für Kinder bewusst ist. Wir müssen - auch aufgrund der demografischen Entwicklung - die Fähigkeiten aller Kinder durch gute Bildung und Ausbildung optimal zum Tragen bringen.

Mit unserem Plan für bessere Bildung wird Baden-Württemberg klüger.

Kindergarten – "Bildungsgarten"

In keiner Phase unseres Lebens lernen wir so viel wie in den ersten Jahren. Kinder sind von Geburt an neugierig, sie entdecken und erforschen die Welt mit all ihren Sinnen. Weil es auf den Anfang ankommt, setzen wir Grünen uns für einen Bildungsplan für Kindertageseinrichtungen ein.

Für uns bedeutet frühkindliche Bildung nicht Verschulung des Kindergartens, sondern Anregung zum spielenden Lernen. Kinder lernen dabei individuell soziales Verhalten, sie entwickeln körperliche Geschicklichkeit und musische Fähigkeiten, erlernen unsere höchst komplexe Sprache und haben ihre Freude am Entdecken und Forschen. Kinder erwerben so emotionale und kognitive Intelligenz, kulturelle Kompetenzen und Wissen um die Dinge in der Welt.

Die vorgezogene Einschulung Fünfjähriger oder die von Ministerpräsident Oettinger geplante Einführung eines Kindergartenpflichtjahres sind Maßnahmen, mit denen wir unseren Kindern und ihren Lernbedürfnissen nicht gerecht werden. Der Erwerb komplexer Fähigkeiten kann nicht in kürzester Zeit, auch nicht in einem Kindergartenpflichtjahr vor der Einschulung, eingetrichtert werden.

Kinder haben aber ein Recht auf das Lernen mit Gleichaltrigen, deshalb ist es für uns eine Verpflichtung, alle Eltern für den Kindergartenbesuch zu gewinnen. Wir wollen eine starke Erziehungspartnerschaft zwischen Kindergarten und Elternhaus, um Kindern die besten Startvoraussetzungen zu geben. Kinder aus sozial benachteiligten Familien brauchen niederschwellige Angebote, damit auch sie am Angebot des Kindergartens teilhaben können. Wir wollen die Sprachentwicklung in den pädagogischen Alltag integrieren, ab dem ersten Tag im Kindergarten fördern und die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Gerade Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache müssen früh gefördert werden, damit sie die sprachliche Schulfähigkeit erreichen. Dazu müssen wir bestehende Unterstützungssysteme der Sonderpädagogischen Beratungsstellen und der Frühförderung weiter ausbauen.

Ganztagsangebote müssen weiter ausgebaut werden, um Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Berufstätige Mütter und Väter müssen die Möglichkeit haben, für ihr Kind den Betriebskindergarten oder auch einen freien Kindergarten in räumlicher Nähe zu ihrem Arbeitsort zu wählen. Deshalb wollen wir die Finanzierung von gemeindeübergreifenden Einrichtungen gesetzlich sicherstellen.

Unsere Vision ist ein kostenloses Kindergartenbetreuungsangebot für alle Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren. Darauf wollen wir hinarbeiten.

Behinderte Kinder sollen zusammen mit nicht behinderten Kindern den Kindergarten besuchen und in ihrem gewohnten sozialen Umfeld mit den Kindern aus ihrem Wohnviertel aufwachsen können. Das Land soll für die Integration und Förderung im Kindergarten zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen. Behinderte und nicht behinderte Kinder profitieren durch Lernimpulse voneinander und erwerben spielerisch soziale Kompetenz.

Die Arbeitssituation der ErzieherInnen muss verbessert werden. Ein ganzheitlich angelegtes Bildungskonzept erfordert Arbeit in kleineren Gruppen, Freiräume für die pädagogische Arbeit vor Ort, aber auch hohe pädagogische und diagnostische Kompetenzen, um Entwicklungsverzögerungen und Entwicklungspotenziale zu erkennen und jedes Kind individuell zu fördern. Deshalb wollen wir die Aus- und Weiterbildung der ErzieherInnen reformieren und ausbauen. Wir wollen einen Einstieg in eine ErzieherInnenausbildung auf Fachhochschulniveau mit einer intensiven Verzahnung von Theorie und Praxis. Dann wird an Hochschulen auch mehr über Frühpädagogik geforscht.

Kindergärten und Grundschulen stehen in der gemeinsamen Verantwortung für einen erfolgreichen - nach Möglichkeit fließenden und individuellen - Übergang vom Kindergarten in die Schule. Wir wollen diese gemeinsame Verantwortung durch eine enge Kooperation vor Ort stärken.

Für eine neue Schule – Leistung, Vielfalt, Selbstständigkeit

Auch das wichtigste Ergebnis der PISA-Studie darf nicht übersehen werden: der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft der SchülerInnen und ihren Bildungserfolgen. Unser Schulsystem zementiert soziale Ungleichheit. Die Fähigkeiten vieler junger Menschen werden nicht ausgeschöpft. Zu viele schaffen den Schulabschluss nicht, die Quote derer, die nur das unterste Leistungsniveau erreichen, ist viel zu groß. Es ist ein Skandal, dass unter den Bildungsverlierern der Anteil der Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund besonders groß ist. Aber auch die besonders begabten und leistungsfähigen SchülerInnen bleiben weit hinter ihren Möglichkeiten zurück.

Deshalb wollen wir die Grundschulen stärken. Als Gemeinschaftsschule für alle Kinder legt sie den Grundstein für die weitere Lernentwicklung und die Bildungschancen. Wir wollen die Lernbedingungen verbessern, z.B. durch kleinere Klassen. Mit zusätzlichen LehrerInnenwochenstunden wollen wir mehr Bildungszeit und Ganztagschulen schaffen.

Neue Strategien gegen den Unterrichtsausfall

Nach wie vor fallen zu viele Unterrichtsstunden aus. Häufig gibt es keinen Ersatz, wenn eine Lehrerin oder ein Lehrer wegen Krankheit ausfällt. Deshalb wollen wir den Stellenpool für die Krankheitsreserve erhöhen. Und wir müssen Bürokratie abbauen, um LehrerInnen in der Sekundarstufe I schulartübergreifend einsetzen zu können, so dass beim Ausfall eines Realschullehrers auch ein Gymnasial- oder Hauptschullehrer mit den gleichen Fächern eingesetzt werden kann und umgekehrt. Die Schulen müssen flexibel Lehrbeauftragte einsetzen können. Das hohe Defizit bei der Unterrichtsversorgung in den beruflichen Schulen und den Sonderschulen muss sofort abgebaut werden. Ab 2007 werden aufgrund rückläufiger SchülerInnenzahlen bestehende LehrerInnenstellen frei. Diese werden wir nutzen, um die Ganztagschulen flächendeckend auszubauen, die Lernbedingungen, z.B. in der Grundschule, zu verbessern und die Krankheitsreserven weiter auszubauen. Fortbildungen und Konferenzen dürfen kein Grund mehr für Unterrichtsausfall sein.

Individuell fördern - gemeinsam lernen

Vier Jahre gemeinsamen Lernens und individueller Förderung sind zu kurz. Nach der vierten Klasse werden die SchülerInnen sortiert und auf die weiterführenden Schulen verteilt. Dadurch wird das pädagogische Klima in der Grundschule belastet, und es entsteht ein ungeheurer Druck auf Seiten der SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen, weil viel zu früh über den weiteren Bildungserfolg junger Menschen entschieden wird.

Tatsächlich gibt nicht die Begabung, sondern die soziale Herkunft den Ausschlag für den Bildungserfolg. Viele Kinder sind demotiviert, weil sie es nicht "geschafft" haben. Wir wollen das Sortieren der Kinder in Schubladen abschaffen, weil es den individuellen Lernfähigkeiten einerseits und den komplexen Anforderungen der Wissensgesellschaft andererseits nicht gerecht wird.

Die Vorstellung der SchulpolitikerInnen von CDU und FDP, die Kinder in vermeintlich homogene Lerngruppen einteilen zu müssen, führt in der schulischen Praxis zu Mittelmäßigkeit und eben nicht zu Spitzenleistungen.

Wir müssen uns endlich von der Ideologie des gegliederten Schulsystems verabschieden, denn auch die Strategien, dieses Schulsystem zu optimieren, stoßen schon längst an ihre Grenzen.

Neunjährige Basisschule als Perspektive

Unser Bildungswesen muss insgesamt leistungsfähiger werden. Deshalb wollen wir von den skandinavischen PISA-Siegern lernen und unser Konzept einer neuen Schule auf den Weg bringen: Sie ist eine Schule ohne Ausgrenzung, sie fördert die Begabungen, Talente und Stärken aller Kinder individuell, gezielt und verantwortlich; es wird nicht mehr aussortiert. Kinder mit Schwächen oder Behinderungen erhalten zusätzliche sonderpädagogische Unterstützung, ohne sie zu entmutigen. Eltern behinderter Kinder entscheiden, ob ihre Kinder am gemeinsamen Unterricht an der Regelschule teilnehmen oder eine Sonderschule besuchen. Aber auch die hochbegabten SchülerInnen müssen individuell gefördert werden und benötigen zusätzliche Angebote.

Dies erfordert auch Anstrengungen. Die neue Unterrichtskultur ist geprägt von Methodenvielfalt und von selbst bestimmten und eigenverantwortlichen Lernprozessen der SchülerInnen. Die neue Schule soll die Lust auf Leistung erhalten und fördern.

Diese ehrgeizige Reform unserer Schulen nach skandinavischem Modell beinhaltet gleichermaßen eine äußere und innere Schulreform. Eine Veränderung des Unterrichts ist dabei

die Voraussetzung für die strukturelle Weiterentwicklung der Schulen. Aber ohne einen Wandel der selektiven Strukturen wird sich eine neue, moderne Unterrichtskultur nicht durchsetzen können.

Unsere Perspektive ist die neunjährige Basisschule, die mit der Vielfalt ihrer SchülerInnen umgehen kann. Wir werden die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich die Schulen weiter entwickeln können. Mit einer Änderung des Schulgesetzes wollen wir die Schranken der Dreigliedrigkeit abbauen. Alle Schulen sollen alle Bildungsgänge und alle Abschlüsse anbieten können. Die Basisschule soll als neue Schulform im Schulgesetz verankert werden. Mit regionaler Schulplanung und Schulentwicklung vor Ort soll es so gerade bei zurück gehenden SchülerInnenzahlen möglich sein, alle Kinder aus einem Ort gemeinsam zu unterrichten, statt Schulen zu schließen und immer weitere Schulwege in Kauf zu nehmen.

Differenzierte Oberstufe

Im Anschluss an die gemeinsame Basisschule findet eine Differenzierung in der Oberstufe statt. Entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit oder ihren Neigungen können junge Menschen entweder eine Ausbildung im dualen System, eine allgemein bildende gymnasiale Oberstufe, ein berufliches Gymnasium oder eine berufliche Vollzeitschule besuchen. Ein qualifizierter Gesellenbrief soll eine Hochschulzugangsberechtigung für die Fachhochschule beinhalten, und MeisterInnen sollen eine uneingeschränkte Hochschulzugangsberechtigung erhalten.

Gerade für junge Erwachsene mit Migrationshintergrund und Erwachsene aus sozial benachteiligten Familien ist der zweite Bildungsweg an Abendgymnasien und Abendrealschulen sowie Kollegs die einzige Chance, höherwertige Schulabschlüsse zu erreichen. Deshalb müssen die Schulgebühren, die wegen der Kürzung der Landesmittel eingeführt werden mussten, wieder rückgängig gemacht werden.

Ganztagschulen im ganzen Land

Wir wollen die Ganztagschulen flächendeckend ausbauen und pädagogisch ausgestalten. Dafür steht das Land in der Verantwortung. In Ganztagschulen ist es möglich, zwischen Unterricht, Einzelarbeit, Freiarbeit, Projekten, Arbeitsgemeinschaften, Sport und Entspannungsphasen sinnvoll zu wechseln. Es ist absurd, dass viele SchülerInnen am "schulfreien Nachmittag" Hausaufgabenhilfe der Eltern oder Nachhilfeunterricht benötigen, wofür die Eltern derzeit erhebliche finanzielle Mittel aufwenden. Wir wollen das Lernen in der Schule konzentrieren.

Mit dem Ganztagschulprogramm (Investitionsprogramm "Zukunft, Bildung und Betreuung" IZBB) hat die rot-grüne Bundesregierung die Entstehung von Ganztagschulen unterstützt. Die Nachfrage in den Kommunen und bei den Schulen war so groß, dass die Mittel im Land bei weitem nicht ausreichten. Nach dem so genannten "Windhundverfahren" verteilte die Landesregierung die Mittel im Land frei nach der Devise "Wer zuerst kommt, mahlt zuerst" - ohne eigene Prioritäten zu setzen. Deshalb gingen viele Kommunen mit pädagogisch sinnvollen Konzepten leer aus. Sie haben seitdem von der Landesregierung Korrekturen gefordert. Mit dem neuen Investitionsprogramm vom Oktober 2005 stiehlt sich diese aber aus ihrer Verantwortung für die Ganztagschulen. Die finanzielle Hauptlast des neuen Programms soll auf die Kommunen abgewälzt werden, die 550 Mio. von 1 Mrd. Euro Gesamtumfang in den nächsten neun Jahren tragen sollen. 300 Mio. Euro will das Land aus dem Kommunalen Finanzausgleich entnehmen und nur 150 Mio. Euro originäre Landesmittel beisteuern. Unterm Strich bedeutet das: Das Land will jährlich lediglich 17 Mio. Euro zum Ausbau der Ganztagschulen beisteuern. Deshalb wollen wir ein "Landes-IZBB" für den Bau von Ganztagschulen auflegen, das diesen Namen auch verdient. Da die Verantwortung für die pädagogische Qualität beim Land liegt, brauchen wir zusätzliche LehrerInnenstellen und ein Budget für Lehrbeauftragte an jeder Ganztagschule.

Wir wollen, dass sich die Schulen zum Stadtteil und zur Gemeinde öffnen, indem sie z.B. Eltern, Vereine, Musik- und Kunstschulen, andere Bildungsträger, HandwerkerInnen, KünstlerInnen, Sozialprojekte oder Patenschaften einbeziehen. Schule, Jugendarbeit und Jugendhilfe müssen stärker als bisher kooperieren.

Landesprogramm für Ganztagschulen

Die Schieflage bei den Investitionsmitteln zum Ausbau von Ganztagschulen zwischen Land und Kommunen muss durch eine Bündelung der Landesschulbaumittel in den nächsten Jahren zugunsten des Ausbaus von Ganztagschulen und durch Inanspruchnahme von Mitteln aus den Erlösen der Landesstiftung beseitigt werden.

Alle Ganztagschulen mit einem pädagogischen Konzept, das die Angebote des Schultags sinnvoll miteinander verzahnt, erhalten zusätzliche LehrerInnenstunden und ein Budget zur Finanzierung von Lehrbeauftragten. Dabei muss es den Schulen möglich sein, für anspruchsvolle Angebote kostendeckende Honorare zu bezahlen.

Dadurch können wir den Schultag mit anderen Lernrhythmen, ohne Zeitdruck und unter Einbeziehung von Übungsphasen und Hausaufgaben pädagogisch sinnvoll gestalten. Für die Mitarbeit von Vereinen und Initiativen brauchen wir mit den Trägern und Verbänden Rahmenvereinbarungen auf Landesebene, damit die Qualität und Finanzierung, auch der ehrenamtlichen Kräfte, gesichert werden können.

Wir machen Schulen selbstständig

Bei unserer grünen Bildungsreform setzen wir auf die Selbstbestimmung und die Verantwortung der Schulen. Mit den entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen wollen wir selbstständige Schulen mit hoher Leistungsfähigkeit schaffen und dadurch einen großen Teil der Kultusbürokratie abbauen.

Selbstständige Schulen orientieren sich an Bildungsstandards und Bildungszielen, bestimmen aber selbstständig, wie diese Standards und Ziele am besten zu erreichen sind und übernehmen dafür die volle pädagogische Verantwortung. Sie stellen sich externen Tests und der Evaluation, können aber zugunsten anderer Leistungsrückmeldungen auf Noten verzichten. SchülerInnen lernen, ihre Stärken und Schwächen selbst einzuschätzen und gemeinsam mit den LehrerInnen Strategien zur Verbesserung der Leistungen zu entwickeln.

Demokratie kann nur in demokratischen Schulen gelernt werden. Aus dem "obrigkeitsstaatlichen" Empfinden von Schule zu einer demokratischen Balance der Rechte und Pflichten aller Beteiligten - Eltern, SchülerInnen, LehrerInnen und staatlicher Aufsicht – zu finden, ist ein entscheidender Teil des Reformprozesses.

Schulen in freier Trägerschaft stärken

Schulen in freier Trägerschaft sind für uns ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Schulwesens. Sie sind Ausdruck einer vitalen Bürgergesellschaft und leisten einen wichtigen Beitrag zu Innovationen im Schulwesen.

Wir setzen uns für eine angemessene Schulbetriebsfinanzierung ein. Diese soll so bemessen sein, dass künftig mindestens 80 Prozent der Kosten eines entsprechenden Staatsschülers als Finanzhilfe gewährt werden (Bruttokostenmodell). Ein Stufenplan soll zur sofortigen Anhebung der staatlichen Mittel führen. Schulen in Gründung erhalten nach absolvierter Wartefrist einen finanziellen Ausgleich.

Bei der Gestaltung der Abschlussprüfungen muss dem jeweiligen pädagogischen Profil der Schule Rechnung getragen werden, so dass im Abschlussverfahren das geprüft wird, was der genehmigte Lehrplan der Schule vorsieht. Freie Schulen sollten geeignete Verfahren zur Qualitätsentwicklung bzw. Qualitätssicherung einführen.

Für ein neues LehrerInnenbild

Durch die Arbeit in leistungsgemischten Gruppen und in Ganztagschulen ändert sich auch das Profil der LehrerInnen. In einer neu geordneten Ausbildung und durch Weiterbildung lernen sie, mit der Vielfalt und der Unterschiedlichkeit ihrer SchülerInnen produktiv umzugehen. Die selbstständigen Schulen erhalten ein Personalbudget und Mittel für die Weiterbildung. Der Beamtenstatus für neue Lehrkräfte wird abgeschafft. LehrerInnen haben ihren Arbeitsplatz an der Schule und müssen dafür eine ausreichende Infrastruktur vorfinden. Die Schulen entscheiden selbstständig, welche Lehrkräfte zum Profil der Schule passen, und ob pädagogisches Personal anderer Profession, z.B. SozialpädagogInnen, eingestellt wird. Die Schulleitungen werden dadurch gestärkt. Schulleitungsstellen sollen nur noch auf Zeit von der Schulgemeinschaft gewählt werden.

Alle finden ihren Meister - Ausbildung und Berufliche Bildung

Unser Ziel ist es, allen Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen. Mit einer guten Schulbildung werden die entscheidenden Weichen für Ausbildung und Beruf gestellt. Wir wollen die beruflichen Orientierungsangebote an Schulen ausbauen, damit sich Jugendliche frühzeitig und besser mit der Berufswelt auseinandersetzen können. Die CDU/FDP-Landesregierung lässt zu, dass 10 Prozent der Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlassen. Das ist verantwortungslos! Wir setzen uns intensiv und engagiert für die Belange junger Menschen ein. Jeder Jugendliche zählt!

Die Grünen wollen das duale Ausbildungssystem mit den Lernorten Schule und Betrieb erhalten und weiter entwickeln. Wenn Ausbildungsplätze fehlen, ist dies nicht nur ein demografisches und konjunkturelles Problem, sondern auch eine Frage der Zugangsgerechtigkeit. Mit der gleichwertigen Anerkennung von schulischer und betrieblicher Ausbildung können kurzfristig mehr Ausbildungsangebote geschaffen werden. Einzelne Ausbildungsabschnitte müssen mit Zeugnissen belegt werden, damit sie bei weiteren Ausbildungseinheiten nicht noch einmal wiederholt werden müssen. So können sinnlose Warteschleifen und Doppelungen abgebaut werden. Darüber hinaus muss für junge Frauen und Männer mit Kindern Ausbildung in Teilzeit möglich sein, um ihre berufliche Zukunft zu sichern.

Wir wollen die Berufsschulen stärken, damit sie das regionale Bildungs- und Weiterbildungsangebot koordinieren können. Für uns sind berufliche und allgemeine Bildung gleichwertig. Deshalb wollen wir, dass in allen dualen Ausbildungsgängen die Hochschulreife erworben werden kann. In der beruflichen Weiterbildung setzen wir uns für die Gebührenfreiheit der Techniker-, Polier- und Meisterausbildung ein.

Unser besonderes Augenmerk gilt den Jugendlichen, die Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule ins Berufsleben haben. Statt Unterstützungsangebote abzubauen, wie dies die CDU/FDP-Landesregierung z.B. bei der Jugendsozialarbeit an Schulen tut, müssen sog. benachteiligte Jugendliche individuell beraten und gefördert werden. Neue Kooperationsmodelle mit der Jugendhilfe können Ausbildungsbetriebe ermutigen, mit externer Unterstützung auch diesen Jugendlichen eine Chance zu geben.

Hochschulen in Höchstform bringen

Wir wollen das Hochschulsystem erneuern. Hochschulen erfüllen einen öffentlichen Bildungsauftrag und sind der Wahrheitssuche verpflichtet. Wir brauchen starke und eigenständige Hochschulen als "Treibhäuser der Zukunft". Sie schaffen wichtige Voraussetzungen für

individuelle wie auch gesellschaftliche Entwicklung, sind gleichzeitig Orte der Innovation und Reflexion und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Lösung unserer drängenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Zukunftsfragen. Im Zeitalter der Globalisierung ist ihre internationale Ausrichtung und Anziehungskraft mehr denn je von zentraler Bedeutung.

Die CDU/FDP-Landesregierung hat mit der Einführung des neuen Landeshochschulgesetzes den Umbau der Hochschulen nach unternehmerischem Vorbild forciert. Damit untergräbt sie deren eigenständigen Charakter und deren demokratische Strukturen und Kräfte zur Selbstorganisation noch weiter. Die bisherige Landesregierung setzte Hochschulpolitik bisher mit Elitenförderung gleich. Sie verkennet, dass insgesamt mehr und besser ausgebildete AkademikerInnen gebraucht werden. Wir fordern daher eine grundlegende inhaltliche Umgestaltung des Landeshochschulgesetzes.

Der Stellenwert der Lehre an unseren Hochschulen muss verbessert werden. Gute Studienbedingungen und hervorragende Lehre müssen besser honoriert werden, und es muss sich für Hochschulen künftig lohnen, sich für ihre Studierenden zu engagieren. Deshalb wollen wir einen Teil der staatlichen Hochschulfinanzierung von den Studierenden abhängig machen.

Dafür haben wir das StudienCredit-Modell entwickelt. Alle Studierenden erhalten ein Guthaben an StudienCredits, das sie individuell einlösen können. Sie erhalten damit mehr zeitliche und örtliche Flexibilität für ihr Studium und können gleichzeitig auf die Verteilung staatlicher Gelder an den Hochschulen Einfluss nehmen. So machen wir die Hochschulen zur Sache der Studierenden und geben ihnen die Möglichkeit, die Lehrangebote zu bewerten und die Qualität der Lehre zu beeinflussen. Gute Lehre wird belohnt, schlechte Lehre erhält entsprechend weniger Zuwendungen. Damit schaffen wir auch eine Voraussetzung, dass Studierende in Teilzeit studieren können.

Wir setzen uns dafür ein, eine Evaluation der Lehre durch Befragung der Studierenden weiter auszubauen. Es ist vor allem wichtig, die Ergebnisse der Evaluationen zu veröffentlichen und umzusetzen.

Die größte Herausforderung für die kommenden Jahre besteht darin, unsere Hochschulen für mehr und besser ausgebildete HochschulabsolventInnen fit zu machen. Wir wollen im internationalen Vergleich aufschließen, indem wir den Anteil der Studienberechtigten eines Altersjahrgangs auf mindestens 50 Prozent anheben. Entsprechend soll der Anteil der HochschulabsolventInnen steigen. Der Bedarf an Studienplätzen ist aber schon heute bei weitem nicht gedeckt. Im Gegenteil: Die CDU/FDP-Regierung betreibt den Abbau von Studienplätzen im Land und nutzt dafür die Einführung der neuen gestuften Studiengänge sowie lokale Zulassungsbeschränkungen, die fast lückenlos an allen Hochschulen und für alle Studiengänge umgesetzt wurden. Dadurch erhalten schon heute immer weniger Studieninteressierte einen Studienplatz. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren noch fortsetzen, weil die Zahl der AbiturientInnen weiter wächst. Anstatt die Hochschulen vor dem neuen "Ansturm" von Studierenden abzuschotten, treten wir dafür ein, dass die künftige Studierendengeneration ausreichend Studienplätze an baden-württembergischen Hochschulen vorfindet.

Mehr Studienplätze braucht das Land: Strategie 2020

Wir brauchen bessere Bildung. Diese Entwicklung darf nicht vor den Toren der Hochschulen gestoppt werden. Für die wachsende Zahl von AbiturientInnen schaffen wir ausreichend zusätzliche Studienplätze in Baden-Württemberg unter Beteiligung aller Hochschularten. Dafür sind finanzielle Prioritäten im Landeshaushalt zu setzen. Wichtig ist aber auch eine neue und flexiblere Personalstruktur an Hochschulen, die mehr Spielräume zur Stärkung der Lehre ermöglicht. Dazu gehört die Schaffung von Lehrprofessuren und Mittelbaustellen, die sich auf Lehre, Auswahl, Beratung und Prüfung von Studierenden konzentrieren, und

eine stärkere Zusammenarbeit mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen, um die dort tätigen WissenschaftlerInnen an der Lehre zu beteiligen.

Wir wollen Hochschulen mit Spitzenqualität. Dies gilt gleichermaßen für Lehre wie für Forschung. Wir geben uns nicht der Illusion hin, mit dem Aufbau so genannter Elitehochschulen sei etwas gewonnen, wenn gleichzeitig das Niveau der restlichen Hochschulen vernachlässigt wird. Unsere Hochschulpolitik setzt Anreize für mehr Qualitätswettbewerb aller Hochschulen und Hochschularten und sieht sich in der Pflicht, ein besseres Studium sowohl für die "Breite" als auch für die "Spitze" zu gewährleisten.

Für ein gebührenfreies Erststudium

Die von CDU und FDP durchgesetzten allgemeinen Studiengebühren ab 2007 lehnen wir ab. Sie belasten Studierende erheblich und nützen den Hochschulen kaum. Denn einen großen Teil der Studiengebühren müssen die Hochschulen darauf verwenden, das Geschäft der Banken zu verwalten und das Ausfallrisiko zu finanzieren. Gewinner sind dabei nur die Banken, die ohne jedes Risiko lukrative Kredite an die Studierenden verteilen können. Die Landesregierung verhindert zudem, dass mit den Studienbeiträgen neue reguläre Stellen geschaffen werden. Solche Studiengebühren entfalten keine Lenkungswirkung oder schaffen mehr Einfluss für Studierende. Das baden-württembergische Gebührenmodell beschränkt die Sozialverträglichkeit auf einen Rechtsanspruch fürs Schuldenmachen. Die zu erwartenden Belastungen nach dem Studium sind vor allem für Studieninteressierte aus finanzschwächeren Familien ein für sie schwer kalkulierbares Risiko.

Wir wollen das gebührenfreie Erststudium bis zum Bachelorabschluss. Für weitere Studienabschnitte halten wir eine maßvolle, einkommensabhängige und nachlaufend zu finanzierende Eigenbeteiligung für vertretbar, wenn dies mit mehr Gestaltungsmacht in der Hand von Studierenden einhergeht.

Wir wollen die neuen Abschlüsse Bachelor und Master für eine umfassende Studienreform nutzen und nicht, wie vielfach geschehen, alte Strukturen mit neuen Etiketten versehen. Die Zahl der Studienabbrüche muss gesenkt werden: durch eine bessere Einführungsphase, mehr Betreuung und Beratung für StudienanfängerInnen und mehr Praxisorientierung. Der Übergang zum Master darf nur von der fachlichen Eignung abhängig sein und nicht durch starre Übergangsquoten behindert werden.

Wir wollen den Anteil von Frauen in der Wissenschaft deutlich erhöhen und die wissenschaftlichen Karrierewege für Frauen verbessern. Voraussetzung dafür sind bessere und flexibel geöffnete Kinderbetreuungseinrichtungen an Hochschulen für Studierende und WissenschaftlerInnen. Um die bestehende Benachteiligung von Frauen in Forschung und Lehre zu beenden, sollen - jedenfalls vorübergehend - Frauen bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt werden.

Wissenschaft und Forschung leben von internationalem Austausch. Deshalb schaut ein kluges Baden-Württemberg über den nationalen und den europäischen Tellerrand hinaus. Dies liegt nicht nur im Interesse der Wissenschaft, sondern auch im Interesse der baden-württembergischen Wirtschaft. Es ist wichtig, unsere Hochschulen für SpitzenwissenschaftlerInnen aus dem Ausland attraktiver zu machen und sie gleichzeitig zu öffnen, um wissenschaftlichen Nachwuchs und eine akademische Qualifizierung für junge Menschen aus Afri-

ka, Asien und Lateinamerika zu fördern. Ein solcher Wissenstransfer dient der Völkerverständigung und der Entwicklung anderer Regionen unserer Erde.

Die Zukunft des Hochschul- und Forschungsstandorts Baden-Württemberg hängt davon ab, ob junge WissenschaftlerInnen gute Arbeitsbedingungen vorfinden. Sie müssen selbstständig forschen können. Wir wollen dafür einen guten Mix aus befristeten und unbefristeten Stellen schaffen. So machen befristete Stellen und Flexibilität angesichts der zunehmend projektorientierten Forschung und der Einwerbung von Drittmitteln Sinn. Aber wir müssen auch dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, denn langfristig angelegte Forschung, Grundlagenforschung und kritische Wissenschaft brauchen Sicherheit. Zu dieser langfristig und grundlegend angelegten Forschung zählt für uns auch die besondere Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften.

Daher darf das Hochschulwesen nicht dem Diktat von schnellem Output und Verwertbarkeit unterworfen werden. Wir wollen eine neue Balance von Flexibilität und Sicherheit durch einen Wissenschaftstarifvertrag schaffen. Dafür muss das Land seine Einflussmöglichkeiten nutzen.

Demokratische Hochschule

Wir wollen eigenständige Hochschulen, die Verantwortung wahrnehmen, Entscheidungen treffen und der Öffentlichkeit gegenüber Rechenschaft ablegen. Eigenständige Hochschulen brauchen eine mit weit reichenden Kompetenzen ausgestattete Leitungsebene und ein professionelles Management. Im Gegenzug muss die Transparenz der Entscheidungen und die Einbeziehung aller Hochschulmitglieder in Entscheidungsprozesse gewährleistet werden. Dafür muss die demokratische Kultur an Hochschulen gefördert werden - demokratisch gewählte Gremien dürfen nicht übergangen werden!

Kultur ist mehr als Kunst

Innovationen können nur in einem gesellschaftlichen Klima entstehen, in dem Neugier und Vielfalt eine Rolle spielen und nicht alles dem Markt und seiner Verwertungslogik überlassen bleibt. Kunst und Kultur fordern kreative Räume ein und gestalten sie. Soziale und kulturelle Kompetenzen sind Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen selbst produktiv und kreativ werden, von beiden Fähigkeiten hängt es ab, ob sich Gestaltungswille entwickelt und eine neue gesellschaftliche Dynamik entsteht.

Deshalb ist Kulturförderung für uns Grünen eine Kernaufgabe des Staates und eine notwendige Investition in die Zukunft unseres Landes. Wir wollen ein neues Fördersystem, das transparent und dynamisch ist, die Effizienz der bestehenden Praxis erhöht, Landeseinrichtungen vom kameralistischen System abkoppelt und ihnen mehr Eigenverantwortung zugeht. Ein zukunftsfähiges Fördersystem ist offen, damit neue Ideen, Initiativen und Projekte eine Chance haben.

Wir stehen für eine pluralistische und vielfältige Kulturlandschaft und wollen kulturelle Aktivitäten von und für Kinder und Jugendliche stärken. Jugendliche brauchen Experimentier- und Freiräume, um ihre eigene Identität und eigene kulturelle Ausdrucksformen zu entwickeln. Jugendkultur ist gerade dann besonders förderungswert, wenn sie sich von etablierter Kultur absetzt.

Im musikalischen Bereich leisten die Musikschulen einen wesentlichen Beitrag bei der kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen. Die Zuschüsse für die 217 Musikschulen müssen erhalten bleiben, sie brauchen Planungssicherheit und eine verlässliche Förderung durch das Land.

Wir wollen neue Wege in der Kulturvermittlung gehen. In einem Europa, das zusammenwächst, muss eine gemeinsame europäische Identität geschaffen werden. Dazu bedarf es des Austauschs mit Menschen aus anderen europäischen Ländern.

Wir fragen nach kultur- und bildungspolitischen Zielen öffentlich finanzierter Einrichtungen, wollen Interessen und Wünsche des Publikums mit einbeziehen und machen uns für den chancengleichen Zugang aller zu kulturellen Angeboten stark.

Dies gilt insbesondere für MigrantInnen. Die Kulturpolitik des Landes muss sich der großen Herausforderung stellen, die Vielfalt der Kulturen und Lebensstile zusammenzuführen und allen EinwohnerInnen die Möglichkeit zur Kommunikation, zur Entfaltung und zur Identifikation mit ihrem Lebensumfeld eröffnen.

Wir wollen vor allem auch in den ländlichen Regionen Baden-Württembergs die zivilgesellschaftliche Kultur in Vereinen und soziokulturellen Zentren stärken. Bei der kulturellen Bildung kommt auch den Volkshochschulen und Musikschulen eine entscheidende Rolle zu; dies muss auch vom Land gewürdigt und gefördert werden. Angesichts des gesellschaftlichen Wandels und veränderter Bedürfnisse setzen wir uns für eine Weiterentwicklung dieser Institutionen ein.

Der Arbeitsmarkt Kultur wird zunehmend zu einem Arbeitsmarkt der Selbstständigen, von denen nur ein geringer Teil über ein die Existenz sicherndes Einkommen verfügt. Wir setzen uns deshalb für den Erhalt und die Sicherung der Künstlersozialversicherung sowie für eine weiter gehende Beratungsstruktur für selbstständige Kulturschaffende ein. Die klassische, mittelständische Kulturwirtschaft ist ein Wachstumsmarkt in der Wissensgesellschaft, den wir im Sinne eines qualitativen Wachstums mit volkswirtschaftlicher und gesellschaftlicher Relevanz stützen wollen.

Neue Medien

Mehr als 60 Prozent der Bevölkerung Baden-Württembergs nutzen das Internet alltäglich zum "Surfen", als Kommunikationsmedium, aber auch zum Arbeiten oder um Einkäufe zu erledigen. Die dabei entstehenden "Datenspuren" wollen wir Grünen besser schützen. Der oder die Landesdatenschutzbeauftragte soll im Sinne des Verbraucherschutzes auch AnsprechpartnerIn für den Schutz dieser privat erhobenen Daten sein.

Durch den Einsatz von Freier Software bieten sich große Chancen für Staat, Wirtschaft und die BürgerInnen. Große Kommunen wie z.B. Schwäbisch Hall haben erkannt, dass sich mit Freier Software durch den Wegfall von Lizenzgebühren einerseits Geld sparen und andererseits Sicherheit und Transparenz stärken lassen. Freie Software kann den Zugang zu Informationen vereinfachen und damit einen Beitrag zur Gerechtigkeit in der Informationsgesellschaft leisten. Die Förderung von Freier Software ist aktive Mittelstandspolitik, da vor allem innovative kleine und mittlere Unternehmen in diesem Bereich arbeiten. Wir setzen uns dafür ein, dass staatlich finanzierte Software als Freie Software entwickelt wird. Unsere Kinder sollen in den Schulen nicht nur den Umgang mit Microsoft-Software lernen, sondern ebenso Freie Software und Betriebssysteme wie Linux kennen lernen.

Auch für politische Entscheidungsprozesse wollen wir die Chancen der Neuen Medien nutzen. Möglichkeiten der eDemocracy - von der Online-Debatte bis zur elektronischen Abstimmung - wollen wir dahingehend prüfen, ob sie sich auf Landes- und Kommunalebene übernehmen lassen, um neue Möglichkeiten für die direkte Beteiligung der BürgerInnen zu entwickeln. Wir wollen mit Hilfe der Neuen Medien behördliches und politisches Handeln transparent machen.

Erfolgreiches Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg sind viele erfolgreiche Firmen ansässig. Das Wohlstandsniveau im Land ist hoch. Aber es gibt mittlerweile auch 400.000 Menschen ohne Arbeit. Wenn es keine Neuausrichtung in der Wirtschaftspolitik gibt, wird unser Land seinen Spitzenplatz nicht halten können. Mit einer Politik der ökologischen Modernisierung wollen wir die wirtschaftlichen Chancen, die sich in Baden-Württemberg bieten, nutzen.

Die wichtigste Rahmenbedingung, die die Landespolitik für Wirtschaft und Mittelstand schaffen muss, ist eine qualitativ hochwertige Bildung und Ausbildung. Mit unserer grünen Bildungsreform erreichen wir die Abkehr vom selektiven Schulsystem. Durch individuelle Förderung und selbstständige Schulen erzielen wir mehr Leistung und insgesamt mehr Bildung für alle Baden-WürttembergerInnen. Damit verbessern wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, schaffen die Grundlagen für mehr Arbeitsplätze im Land und machen Baden-Württemberg erfolgreich.

Ökologische Modernisierung schafft Arbeit

Die ökologische Modernisierung, die wir in sieben Jahren grüner Regierungsbeteiligung von Berlin aus angestoßen haben, war auch in ökonomischer Hinsicht ein Erfolg. Der Umweltschutz leistet heute einen wichtigen Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. In der Umweltbranche arbeiten derzeit bundesweit rund 1,5 Mio. Menschen – Tendenz steigend. Umwelttechnologie made in Germany gehört heute zu den Exportschlägern unseres Industriestandorts. Allein im Bereich der Regenerativen Energien sind dank des durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ausgelösten Booms in den letzten Jahren bereits 150.000 neue Arbeitsplätze entstanden – Tendenz steigend. Der Umsatz dieser Branche liegt heute bei über 12 Mrd. Euro – Tendenz steigend. Kein wirtschaftlicher Bereich hat in den vergangenen Jahren auch nur annähernd in dieser Größenordnung Arbeitsplätze geschaffen wie die erneuerbaren Energien. Ökologische Modernisierung eröffnet auch auf anderen Feldern neue Möglichkeiten.

CDU und FDP verkennen diese Möglichkeiten. Sie sind immer noch der traditionellen Vorstellung verhaftet, die Wachstumsbranche Ökologie sei eine Wachstumsbremse. Diesem antiquierten Denken setzen wir unsere Zukunftsoption entgegen: mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben und neue zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen.

Dabei werden Ressourcen- und Energieeffizienz für alle Wirtschaftszweige Schlüsseltechnologien im globalisierten Wettbewerb sein. So können Nanotechnologien einen Beitrag leisten, dem wachsenden globalen Ressourcen- und Energiehunger zu begegnen.

Durch die Erweiterung der EU vergrößern sich die Marktchancen für deutsche Umwelttechnologien. Aus dem EU-Beitritt von zehn Staaten aus Mittel- und Osteuropa ergibt sich die Notwendigkeit, die Umweltstandards in diesen Ländern innerhalb weniger Jahre auf EU-Niveau anzuheben. Hier eröffnet sich ein Riesenmarkt für Hersteller von Wasseraufbereitungs- und Abwasserreinigungstechnologien ebenso wie für Hersteller von Abgasreinigungs- und Abfallbehandlungsanlagen sowie Energietechnologien. Ähnlich gute Perspektiven bieten sich auf Grund des starken Wachstums in den ostasiatischen Ländern – besonders in China.

Das Grundbedürfnis Mobilität wird sich immer weiter in der Welt ausbreiten. Baden-Württemberg wird die Spitzenposition als führender Automobilstandort angesichts rasant steigender Spritpreise, knapper werdender Erdölvorkommen und der drohenden Klimaveränderung nur halten können, wenn wir bei der Entwicklung alternativer Antriebe zukünftig wieder die Nase vorn haben. Die Zukunft gehört umweltverträglichen Fahrzeugen. Neue technische Verfahren für die Herstellung biogener Treibstoffe sowie den Hybridantrieb und die Brennstoffzellentechnologie bieten Perspektiven für Baden-Württembergs Wirtschaft und

für die Schaffung neuer hochwertiger Arbeitsplätze. Eine neue Landesregierung muss diese Visionen zum zentralen Bestandteil eines neuen Leitbilds "Weg vom Öl" machen, statt ihre Entwicklung und schnelle Einführung zu behindern, indem man an veralteten Technologien festhält.

"Weg vom Öl"

Der Ölpreis ist in den letzten Monaten auf immer neue Rekordmarken geklettert. Alles deutet darauf hin, dass dank weltweit knapper werdender Vorräte bei gleichzeitig rasant wachsender Nachfrage, beispielsweise in Ländern wie China und Indien, das Ende des billigen Ölzeitalters endgültig eingeläutet wurde. Für ein Land wie Baden-Württemberg, das in vielerlei Hinsicht nach wie vor stark vom Öl abhängt, ist es deshalb das Gebot der Stunde, die Wende in der Energie-, Verkehrs- und Innovationspolitik einzuleiten. Der Zeitpunkt ist gekommen, eine Strategie auf den Weg zu bringen, die uns unabhängiger vom Öl macht. "Weg vom Öl" muss ein zentrales Projekt der nächsten Landesregierung werden. Energieeffizienz wird eine der Schlüsseltechnologien im globalisierten Wettbewerb sein.

Wenn es Baden-Württemberg gelingt, zur Nummer Eins bei regenerativen, energiesparenden und umweltfreundlichen Antriebstechniken, Heizsystemen und Produktionsverfahren zu werden, dann sichert dies auf lange Zeit die wirtschaftliche Basis unseres Landes und dient dem Klimaschutz. Mineralöl kann und muss mittelfristig auch in der Grundstoffherstellung der Chemischen Industrie durch nachwachsende Rohstoffe ersetzt werden.

Durch Energieeinsparung, rationelle Energienutzung und den Einsatz regenerativer Energieträger kann der Ölverbrauch in den Haushalten nachhaltig gesenkt werden. Auch die überaus angespannten Haushalte des Landes und der Kommunen können durch Energieeinsparung und die Nutzung regenerativer Energieträger wie Holz und anderen nachwachsenden Rohstoffen wirksam und dauerhaft von erheblichen Kostenrisiken entlastet werden. Dazu kommen weit reichende Impulse für zusätzliche Arbeitsplätze im Handwerk, in der Landwirtschaft und im Forstwesen. Investitionen in diesen Sektoren werden der inländischen, regionalen Nachfrage zugute kommen, anstatt die Windfall-Profite der Ölkonglomerate durch die Abnahme ihrer verteuerten Produkte weiter nach oben zu treiben.

Für unser Bundesland ist das Thema Automobil von herausragender wirtschaftlicher Bedeutung. Jeder fünfte Arbeitsplatz in Baden-Württemberg hängt direkt oder indirekt vom Produkt Auto ab. Es ist deshalb geradezu fahrlässig, dass die heimische Automobilindustrie die Zeichen der Zeit zum wiederholten Male (siehe Katalysator und Rußfilter) viel zu spät erkannt hat und noch immer auf schwere, Sprit fressende Fahrzeuge setzt. Den verbrauchsarmen PKW und Nutzfahrzeugen sowie Fahrzeugen mit neuen Antriebssystemen gehört weltweit die Zukunft. Nur eine Automobilindustrie, die dies erkennt, wird in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben.

Auch bei der anstehenden Erneuerung des Energieerzeugungssektors gilt es, Chancen wahrzunehmen statt zu verschlafen. Wer wie CDU und FDP die Windenergienutzung mit allen Mitteln aus rein ideologischen Gründen bekämpft, ignoriert, dass zahlreiche Unternehmen im Land wichtige Komponenten zum Bau von Windanlagen beisteuern. In den nächsten Jahren müssen die Chancen konsequent genutzt werden, die ein breit angelegter Ausbau der regenerativen Energien sowie der Neubau von hocheffizienten Gas- und Dampfturbinen-Anlagen und Kraft-Wärmekopplungs-Anlagen für unsere mittelständische Wirtschaft und für

die Schaffung neuer Arbeitsplätze bietet. Wer heute in die modernen Umwelttechnologien investiert, sichert die Arbeitsplätze von morgen.

Unsere Politik der ökologischen Modernisierung ist auch ein wichtiger Motor für das Handwerk. Der Rückzug von CDU und FDP beim 'Energieeinsparprogramm Altbau' des Landes ist daher völlig falsch. Wir wollen, dass sich das Land vermehrt für die Gebäudesanierung einsetzt, da es hier ein großes Einsparpotenzial gibt. Auch die Passivhaustechnologie muss als **der** technisch erreichbare Wärmeschutz sowohl bei Neubauten als auch bei Altbauten weiter gefördert werden.

Forschung und Entwicklung als Wirtschaftsmotor

Nur mit hoher Qualität und mit einer vorausschauenden technologischen Entwicklung werden wir unsere Arbeitsplätze für die Zukunft sichern können. Die entscheidenden Grundlagen für Innovationen legt das Land durch die Forschung an den Hochschulen.

Zu einer guten Forschungspolitik gehört, die Hochschulen vom Gängelband der Wissenschaftsbürokratie zu lassen und ihnen mehr Freiheiten zu gewähren. Wir wollen, dass unsere Hochschulen nicht nur auf dem Papier der Landesregierung, sondern tatsächlich autonom werden und über den Kern ihrer Entwicklung selbst entscheiden können.

Auch junge WissenschaftlerInnen sollen mehr entscheiden können. Mit der Juniorprofessur wollen wir erreichen, dass NachwuchswissenschaftlerInnen aus der Abhängigkeit ihrer ProfessorInnen befreit werden und eigenständig forschen und lehren können. Das ist auch für bessere Chancen von Frauen im bisher so hierarchischen System der Hochschulen entscheidend.

Andere Staaten haben uns gezeigt, dass der Humboldtsche Geist keineswegs verstaubt, sondern die Grundlage für einen international wettbewerbsfähigen Forschungsstandort ist. Statt immer mehr Ressourcen in unsere außeruniversitären Forschungseinrichtungen umzuverteilen, muss die Forschung wieder zurück an die Hochschulen des Landes gebracht werden. In einem ersten Schritt wollen wir die außeruniversitären Forschungseinrichtungen wieder stärker an die Hochschulen anbinden. Das stärkt gerade die Grundlagenforschung, die Aufgabe des Landes ist. Während in Unternehmen angewendet, entwickelt und optimiert wird, werden wirklich neue Ideen in der Grundlagenforschung geboren - nicht nur in den Naturwissenschaften, sondern auch in den Gesellschafts- und Geisteswissenschaften.

Wir wollen Schwerpunkte in der Forschung setzen. Deshalb wollen wir Umwelt- und Mobilitätstechnologie in Zukunft besonders fördern. Spitzenleistungen in den Umwelt- und Mobilitätstechnologien sind entscheidend, um die ökologischen Veränderungen und die Verteuerung des Öls in wirtschaftliche Chancen für Baden-Württemberg umzuwandeln. Wir wollen Baden-Württemberg vom Automobil- zum Mobilitätsstandort weiter entwickeln.

Innovation ist der Schlüssel für unsere wirtschaftliche Entwicklung. Aber Innovation ist viel mehr als nur Technik, sondern besteht auch aus dem Mut zu freiem Denken. Innovation braucht Offenheit gegenüber neuen Ideen und neuen Menschen. Und im weltweiten Wettbewerb um kluge Köpfe ist nur ein tolerantes und weltoffenes Baden-Württemberg attraktiv. Dafür setzen wir uns ein. Das erlaubt uns, zum internationalen Technologie- und Wissenstransfer beizutragen – sowohl zum eigenen Vorteil als auch zugunsten der Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Fair und verlässlich: Politik für den Mittelstand

Kern unserer baden-württembergischen Wirtschaft ist der Mittelstand. Gut 70 Prozent unserer Arbeitsplätze und 80 Prozent unserer Ausbildungsplätze entstehen hier. Gerade in kleinen Firmen nehmen die Unternehmer häufig aktiv soziale Verantwortung für ihre Arbeitneh-

merInnen wahr, halten Arbeitsplätze im Land und unterstützen so den sozialen Zusammenhalt. Viele Selbstständige tragen mit hohem Engagement, persönlichem Risiko und neuen Ideen dazu bei, dass der wirtschaftliche Strukturwandel in Baden-Württemberg bewältigt werden kann.

Damit der Mittelstand in Baden-Württemberg weiter dynamisch sein und Arbeitsplätze schaffen kann, muss die Politik erstens faire Rahmenbedingungen schaffen und zweitens für gute Bildung sorgen. Durch unsere Regierungsbeteiligung im Bund haben wir viele Reformen auf den Weg gebracht, auch die Tarifparteien haben sich bewegt. Mit innovativen Arbeitszeitmodellen ermöglichen sie heute den Betrieben in vielen Branchen, flexibel auf Auftragschwankungen zu reagieren. So können die Erfordernisse der Unternehmen und die Bedürfnisse der Beschäftigten miteinander in Einklang gebracht werden. Wir wollen weiterhin Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt auf der Grundlage von Flächentarifverträgen erreichen. Eingriffe in die Tarifautonomie lehnen wir ab.

Das Steuersystem muss dem Mittelstand die gleichen Chancen wie großen internationalen Konzernen bieten. Ein nichttransparentes Steuersystem belastet gerade den Mittelstand mit hohen Bürokratiekosten. Die Lücke zwischen nominalen Steuersätzen und tatsächlichem Steueraufkommen muss durch den Abbau von Ausnahmetatbeständen und Abschreibungsmöglichkeiten geschlossen werden. Große Unternehmen dürfen sich nicht durch unzählige Ausnahmeregelungen auf Kosten des Mittelstands und der öffentlichen Hand arm rechnen können. Ein einfacheres Steuerrecht setzt beim Subventionsabbau an. Hier hat sich die CDU/FDP-Landesregierung bisher stets als Blockierer erwiesen.

Transparent und zuverlässig: Wirtschaftsförderung

Die Genossenschaft spielt bei der Wirtschaftsförderung und bei der Gründungsberatung häufig eine untergeordnete Rolle. Dabei zeigen zahlreiche Beispiele im Wohnungsbau, in der Landwirtschaft und im Bankensektor, dass Unternehmertum am Markt und gemeinschaftliche Förderung der Mitgliederinteressen erfolgreich miteinander kombinierbar sind. Künftig sollen in Baden-Württemberg Genossenschaften den gleichen Zugang zu Förderprogrammen haben wie Unternehmen anderer Rechtsformen.

Wirtschaftsförderung ist nicht nur Aufgabe der öffentlichen Hand. Wir wollen deshalb durch ein Landesgesetz den Rahmen für Eigeninitiativen auf kommunaler Ebene schaffen, der EinzelhändlerInnen, DienstleisterInnen oder GrundbesitzerInnen die Zusammenarbeit ermöglicht, um ihren Standort zu verbessern. In so genannten Business Improvement Districts (BID), also von den Betroffenen selbst definierten und von der Kommune genehmigten Innovationsbereichen, sollen die Betroffenen in eigener Regie und Finanzverantwortung gewachsene urbane Handels- und Dienstleistungszentren stärken können. Bislang scheiterte eine solche Eigeninitiative meist am Trittbrettfahrer-Verhalten. Eine vielfältige Angebotsstrategie verhilft den innerstädtischen Standorten zu höherer Attraktivität und stärkt insbesondere kleine Einzelhändler gegen Supermärkte auf der Grünen Wiese.

Die Wirtschaftsförderung in Baden-Württemberg muss kleine und mittlere Unternehmen bei der Bewältigung des Strukturwandels unterstützen. Finanzierungshilfen sind dabei oft entscheidend. Das Land hat mit der L-Bank als eigener Förderbank dabei ein gutes Instrument zur Hand. Die Landesregierung schadet aber dem Mittelstand, indem sie einen Teil des von der L-Bank erwirtschafteten Geldes zur Vorfinanzierung von Straßenbau oder der Finanzierung des Kaufs von EnBW-Aktien zweckentfremdet.

Der Erfolg kleiner und mittlerer Unternehmen hängt gerade in Gründungs- oder Innovationsphasen maßgeblich von einer soliden Finanzierung und langfristigen Kreditzusagen ab. Die Anpassung an die internationalen Finanzvorgaben von Basel II und die mangelnde Risikobereitschaft der Banken behindern jedoch die Entwicklung kleinerer und mittlerer Unternehmen. Es hat sich gezeigt, dass die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und die Genossenschafts-

banken unverzichtbar für die Kreditversorgung kleiner und mittlerer Unternehmen sind. Sie sollen deshalb ihre Rolle als starke Partner zur Finanzierung des Mittelstands in der Region beibehalten und verbessern. Zudem müssen vor allem innovative ExistenzgründerInnen neue Zugänge zu Bürgschaften und Wagniskapital bekommen. Wir brauchen moderne Finanzierungshilfen wie beispielsweise Mikrodarlehen. Sie sind gerade für ExistenzgründerInnen wichtig, die ihren geringen Finanzierungsbedarf wegen des hohen Aufwands der Banken auf dem Markt oft nicht decken können. Existenzgründungen, die mit diesen Hilfen ermöglicht werden, eröffnen vielen eine neue wirtschaftliche Chance: innovativen AusgründerInnen aus den Hochschulen, Frauen und Männer nach der Familienphase und kompetenten und erfahrenen Menschen, die aufgrund ihres Alters auf dem Arbeitsmarkt derzeit nur noch wenig Aussicht auf Beschäftigung haben.

Wir wollen die Wirtschaftsförderung in Baden-Württemberg besser organisieren. Beratung und Finanzierung sollen in einer Hand gebündelt werden. Das ist besser für ExistenzgründerInnen und Mittelstand und spart Doppelstrukturen bei der öffentlichen Hand. Die L-Bank hat die Kompetenz und die Ressourcen, die unsere Unternehmen brauchen, und muss zur zentralen Anlaufstelle werden.

In den Regionen unseres Landes entstehen durch das Zusammenspiel von Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie Unternehmen und Zulieferern Arbeitsplätze in erfolgreichen Branchen-Clustern wie der IT-Industrie im Raum Karlsruhe, der Medizintechnik im Bereich Neckar-Alb oder der Solartechnik in Südbaden. Einzelne Kommunen und Landkreise sind jedoch zu klein, um die Zusammenarbeit der entscheidenden Akteure zu fördern. Mit einer Stärkung der Regionen kann eine Clusterbildung von unten gefördert werden. Die Verwaltungsreform von CDU und FDP hingegen zerstört den Regionalgedanken und fördert stattdessen auch in der regionalen Wirtschaftspolitik das Kirchturmdenken.

Das Land ist in der Pflicht: Arbeitsmarktpolitik

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit ist auch in Baden-Württemberg unser größtes soziales und wirtschaftliches Problem und bringt das Land zunehmend in eine soziale Schieflage. Immer mehr Menschen sind länger als ein Jahr arbeitslos und leben in prekären finanziellen Verhältnissen. Besorgnis erregend ist auch der starke Anstieg der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen. Die SGB II-Reform, sprich die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe der rot-grünen Bundesregierung, hat die Zugangsmöglichkeiten für BezieherInnen von Sozialhilfe verbessert. Das weiter gehende Ziel, möglichst viele Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln, wurde bisher noch nicht erreicht.

Das Land muss seiner Verantwortung für die besonders von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen durch eine eigene vorausschauende Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Qualifizierungspolitik nachkommen und die Förderprogramme der EU, des Bundes, der Agentur für Arbeit und der Kommunen durch eigene Anstrengungen ergänzen. Denn auch wenn die Hauptverantwortung für die Arbeitsmarktpolitik beim Bund liegt, sind alle politischen Ebenen in der gesellschaftlichen Pflicht – auch das Land Baden-Württemberg. Insbesondere bei der beruflichen Integration von jungen Menschen besitzt das Land eine originäre Handlungsverpflichtung. Doch stattdessen hat sich die CDU/FDP-Landesregierung von vorhandenen Förderprogrammen wie den Landesprogrammen "Jugend-Arbeit-Zukunft" und "Arbeit und Zukunft für Langzeitarbeitslose" systematisch verabschiedet.

Junge Menschen fit machen für den Beruf

Für immer mehr junge Menschen gibt es wenig Aussicht auf einen Ausbildungsplatz. Die Arbeitslosenstatistik zeigt es aber ganz deutlich: Ohne Ausbildung ist das Risiko, arbeitslos zu werden und es dauerhaft zu bleiben, um ein Vielfaches höher.

Gerade wegen der steigenden Anforderungen in vielen Ausbildungsberufen lautet für uns das Ziel: Ausbildungsreife für alle. Dies wollen wir mit unserem Konzept der Basisschule erreichen, die in ähnlicher Form vom baden-württembergischen Handwerkstag gefordert wird.

Bereits ab Klasse 5 wollen wir das Wissen über das Berufsleben im Sinne einer Orientierung fördern. Besonders qualifizierte KooperationslehrerInnen sollen Kontakt zu Eltern, Betrieben und Verbänden halten und die Berufsvorbereitung zu einem festen Bestandteil der Schulen machen. Der Übergang von der Schule zum Beruf muss verbessert werden, denn gerade HauptschülerInnen finden kaum noch einen Einstieg in das duale System. Wir brauchen bereits in der Schule bei der Berufsorientierung und Ausbildungsplatzsuche eine starke Partnerschaft zwischen Schulen, Jugendhilfe und Betrieben, die von Seiten des Landes langfristig unterstützt wird. Die bisherige Landesregierung ruft jedoch immer neue Modellprojekte ins Leben und stellt diese trotz guter Ergebnisse wieder ein. Wir wollen erfolgreiche Projekte und Instrumentarien konsolidieren und flächendeckend ausbauen, um das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) als schulische Warteschleife zu entlasten. Aufgrund der schlechten Ausbildungsplatzsituation besuchen immer mehr Jugendliche mit teilweise sogar gutem Hauptschulabschluss das Berufsvorbereitungsjahr. Diesem Umstand wollen wir Rechnung tragen und fordern deshalb auf der Grundlage des reformierten Berufsbildungsgesetzes der rot-grünen Regierung den Ausbau der berufsqualifizierenden Inhalte im Berufsvorbereitungsjahr und die Sicherstellung der Anrechenbarkeit von erworbenen Teilqualifikationen auf spätere Ausbildungen.

Besondere Herausforderung: Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Auch im eigenen Interesse muss die Wirtschaft Jugendlichen zukünftig wieder genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Durch die von uns Grünen mit gestaltete Reform der beruflichen Bildung auf Bundesebene sind die Voraussetzungen wesentlich verbessert worden. CDU und FDP nutzen diese neuen Möglichkeiten jedoch nicht, sondern beschränken sich lediglich auf Appelle an die Wirtschaft, mehr Ausbildungsplätze anzubieten. Wir halten am dualen Ausbildungssystem fest, wollen aber mit einem Bündel von Maßnahmen die Ausbildungssituation für junge Menschen verbessern.

Strukturelle Veränderungen in den Betrieben und gestiegene Anforderungen an die Ausbildung führen dazu, dass viele Betriebe alleine nicht mehr ausbilden können. Die moderierende flächendeckende Unterstützung der Betriebe bei Ausbildungsverbänden seitens der Landesregierung kann mit relativ geringen Mitteln ein großes Potenzial an neuen Ausbildungsplätzen erschließen. Auch Kooperationsmodelle im Sinne der "assistierten Ausbildung", unterstützt von erfahrenen Trägern der Jugendhilfe, ermöglichen es den Betrieben, vermehrt auch Jugendliche mit schulischen oder sozialen Schwierigkeiten auszubilden. Darüber hinaus wollen wir die Anerkennung von Teilqualifikationen einführen. Danach sollen Jugendliche Ausbildungen nach dem "Baukastenprinzip" machen können; auch eine Verlängerung der Ausbildungszeiten muss möglich sein. Solange Ausbildungsplätze fehlen, stehen wir für ein Nebeneinander von vollzeitschulischer und dualer Ausbildung. Durch die Novellierung des Bundesberufsbildungsgesetzes wurde die Grundlage hierfür geschaffen. Wir fordern, dass das Land diese Möglichkeit aktiv nutzt und in einer Rechtsverordnung umsetzt.

Beispiel "Assistierte Ausbildung"

In Modellen "assistierter Ausbildung" werden sowohl Jugendliche als auch Ausbildungsbetriebe bei der Lösung von unterschiedlichen Problemstellungen vor oder während der betrieblichen Ausbildung unterstützt. Junge Eltern beispielsweise benötigen im Rahmen einer Ausbildung in Teilzeit flexible Ausbildungszeiten sowie Unterstützung bei der Organisation der Kinderbetreuung. Betriebe, die gerne auch benachteiligte Jugendliche ausbilden wollen, benötigen Unterstützung bei Schwierigkeiten in der Berufsschule. "Assistierte Ausbildung" ermöglicht somit zusätzliche betriebliche Ausbildungen für benachteiligte Jugendliche auf

dem ersten Ausbildungsmarkt. Im Unterschied zu außerbetrieblichen Ausbildungen, bei denen der Staat sowohl für die Ausbildungskosten als auch für den Unterhalt der Jugendlichen aufkommen muss, schließen die Betriebe bei einer "assistierten Ausbildung" mit den Jugendlichen einen normalen Ausbildungsvertrag und bezahlen eine reguläre Ausbildungsvergütung. Einzig die Kosten für die Ausbildungsassistenz durch die Jugendberufshilfe müssen von der öffentlichen Hand übernommen werden. Diesen Kosten stehen aber erhebliche Einsparungen gegenüber, wenn die ehemals arbeitslosen Jugendlichen nicht mehr auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Betriebe brauchen die beruflichen Schulen als starken und verlässlichen Partner mit einer guten Unterrichtsversorgung, geeigneter technischer Ausstattung und LehrerInnen, die auf dem neuesten Stand der Technik sind. Dazu ist es notwendig, das strukturelle Defizit von 800 LehrerInnenstellen abzubauen. Wir wollen SchulsozialarbeiterInnen und Lehrkräfte mit sonderpädagogischen Kompetenzen an den Beruflichen Schulen ins Team integrieren, um sowohl SchülerInnen im Berufsvorbereitungsjahr als auch diejenigen zu unterstützen, die die Ausbildungsziele nur mit Mühe erreichen.

Weiterbildung ist unerlässlich

In Baden-Württemberg werden in Zukunft besonders viele Menschen von Arbeitslosigkeit bedroht sein, denn wir haben im Ländervergleich den höchsten Anteil an Un- und Angelernten an den Beschäftigten. Viele dieser einfachen Anlernertätigkeiten in der industriellen Produktion sind von Rationalisierungen und Arbeitsplatzverlagerungen bedroht, und schlechte Qualifikation ist schon heute der häufigste Grund für Arbeitslosigkeit.

Das Land, die Tarifparteien, die Arbeitgeber und auch die einzelnen Beschäftigten müssen erkennen, dass lebenslanges Lernen angesichts der demografischen und technologischen Veränderungen unverzichtbar ist. Wir wollen Qualifizierung und Weiterbildung zu einer wichtigen Aufgabe des Landes machen. Die von der CDU/FDP-Regierung verantworteten Kürzungen für den zweiten Bildungsweg müssen wieder rückgängig gemacht werden. Die Zuschüsse für die 175 Volkshochschulen müssen erhalten bleiben, denn sie brauchen Planungssicherheit und eine verlässliche Förderung seitens des Landes.

Während Union und FDP die Kompetenzen zersplittert und die Etats für Weiterbildung gesenkt haben, wollen wir klare Zuständigkeiten, eine Unterstützung kleinerer und mittlerer Unternehmen und vom Land geförderte regionale Weiterbildungsnetzwerke. Landesprogramme zur Personalentwicklung und Weiterbildungscontrolling sind dabei hilfreich und fördern die Betriebe. Benachteiligte Gruppen, die bisher kaum an Weiterbildungsmaßnahmen und Qualifizierung teilnehmen, müssen besonders beraten und gefördert werden. Damit eine qualifizierte Beratung gewährleistet werden kann, benötigen die BeraterInnen eine Zusatzausbildung zu FallmanagerInnen.

Aktive Arbeitsmarktpolitik als Chance nutzen

Arbeitsmarktpolitik muss einen besonderen Akzent auf das Fördern legen, denn ohne gezielte Beschäftigungsförderung werden viele Erwerbslose dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben. Neben der individuellen Beratung gibt es vielfältige Instrumentarien, um Arbeitssuchende passgenau zu qualifizieren und ihnen den Weg zurück in den Arbeitsmarkt zu eröffnen. Weiterbildung, Umschulung, Eingliederungsmaßnahmen und Angebote zur Existenzgründung sind notwendig. Die Kürzungen der neuen schwarz-roten Bundesregierung sind der falsche Weg. Allerdings: Wir wollen eine Förderlandschaft, die nicht mehr auf bundeseinheitliche Detailregelungen setzt, sondern auf vielfältige Lösungen, die den regionalen und individuellen Besonderheiten gerecht werden. Wir erteilen dem bundesweiten Einkauf

von Standardmaßnahmen seitens der Bundesagentur für Arbeit eine deutliche Absage, denn Integrationsmaßnahmen müssen zu dem Arbeitslosen passen - nicht umgekehrt.

Unser besonderes Augenmerk gilt arbeitslosen jungen Menschen, für die wir eine Förderung nach dem Grundsatz wollen: "Ausbildung und Qualifizierung vor Arbeitsgelegenheiten". Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaften wollen wir flächendeckend spezialisierte Jobcenter aufbauen, die spezifische Förderprogramme für junge Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf anbieten. Zusätzlich brauchen wir auf lokaler Ebene ein dauerhaftes Bündnis aller beteiligten Akteure – Schulen, Kammern, Betriebe, Arbeitsverwaltung, Politik und insbesondere mit der Freien und Öffentlichen Jugendhilfe – mit dem Ziel, gemeinsame Konzepte zur sozialen und beruflichen Integration von jungen Arbeitslosen zu planen und umzusetzen. Das Land muss hierzu entsprechende Landesprogramme anbieten.

Wir wollen eine armutsfeste soziale Grundsicherung. Maßstab und Ziel bleibt die gesellschaftliche Teilhabe aller Erwerbslosen. Dabei ist insbesondere die Situation von Familien mit Kindern durch die Einführung einer Kindergrundsicherung zu berücksichtigen. Bei der Einkommensberechnung wollen wir alle spezifischen Altersvorsorgeaufwendungen freigestellt sehen, und die Zuverdienstmöglichkeiten sollen weiter verbessert werden. Kürzungen bei der Grundsicherung lehnen wir ab.

Unverzichtbar: Der zweite Arbeitsmarkt

Für Erwerbslose, die auf absehbare Zeit keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, brauchen wir öffentlich geförderte Beschäftigung in einem ehrlichen zweiten Arbeitsmarkt. Als Instrumente wollen wir mehr Aufwandsbeschäftigung nur für Langzeitarbeitslose mit vielfältigen Problemlagen und nur mit mehr Qualifizierung. Des Weiteren wollen wir sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit Qualifizierungsanteilen als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt und Ausbildung. Die Betroffenen erhalten dadurch einen normalen Arbeitsplatz und eine entsprechende Stellung in der Gesellschaft. Wir brauchen keine kurzfristigen Maßnahmen, sondern langfristige Perspektiven bis hin zur Rente, insbesondere für Erwerbslose über 55 Jahre.

Die öffentlich geförderte Beschäftigung darf bestehende Beschäftigung nicht verdrängen. Kombi-Lohn-Modelle nach den Vorstellungen der CDU lehnen wir deshalb ab. Wir wollen stattdessen öffentlich geförderte Beschäftigung gezielt einsetzen, um die Qualifizierung im wachsenden sozialen Dienstleistungsbereich, aber auch in ökologisch sinnvollen Beschäftigungsfeldern, die sich betriebswirtschaftlich nicht rechnen, zu verbessern. Damit verliert die aktive Arbeitsmarktpolitik ihren reinen Versorgungscharakter und übernimmt eine Leitfunktion im Strukturwandel.

Gerechtes Baden-Württemberg

Das Zusammenleben der Menschen in unserem Land ist von großen Veränderungen gekennzeichnet. Der demografische Wandel erfasst Stadt und Land, erfordert den Umbau sozialer Systeme, macht Bildungsreformen notwendig und stellt die Wirtschaft vor neue Herausforderungen.

Uns ist bewusst, dass wir nur gemeinsam diese Herausforderungen meistern werden. Wir verstehen unter einem sozialen Baden-Württemberg eine gerechte Gesellschaft, die nicht nur Verteilungsgerechtigkeit, sondern ebenso Zugangs-, Beteiligungs-, Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit sicherstellt. Wir wollen, dass allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht wird und auch unsere Kinder in einer intakten und sozial gerechten Gesellschaft aufwachsen können.

Die Landespolitik hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen zu schaffen, in der eine moderne Bürgergesellschaft ihr Zusammenleben eigenständig, solidarisch und selbstverantwortlich organisieren und gestalten kann.

Wir sind eine pluralistische Gesellschaft

Die Vielfalt der Menschen in unserem Land – sei es im Hinblick auf Herkunft, ethnischen oder religiösen Hintergrund, sexuelle Orientierung oder unterschiedliche körperliche und geistige Fähigkeiten – sehen wir als Chance für ein solidarisches und weltoffenes Baden-Württemberg. Das Land profitiert in mehrfacher Hinsicht von MigrantInnen. Um die Potenziale einer Zuwanderungsgesellschaft entfalten zu können, bedarf es einer engagierten und partnerschaftlichen Integrationspolitik, an der sich alle beteiligen.

Aktiv gegen Armut und Ausgrenzung

Es wird immer Menschen geben, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind und deren Selbsthilfepotenziale nicht ausreichen, diese Notlage zu überwinden. Sie sind auf gezielte Unterstützung durch qualifizierte soziale Dienstleister angewiesen. Das Land darf sich deshalb nicht aus der Verantwortung stellen, wenn z.B. durch die – noch von Ministerpräsident Teufel auf den Weg gebrachte – Verwaltungsreform die Angebote der Wohnungslosenhilfe oder der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen gefährdet werden.

Die Vorbeugung und Bekämpfung von Armut muss zu einem zentralen Handlungsfeld der Landespolitik werden. Um besonders die Lebenssituation von Kindern aus armen Familien gezielt verbessern zu können, fordern wir endlich einen eigenen baden-württembergischen Armuts- und Reichtumsbericht, der die nötigen Handlungsweisungen in der Familien-, Gesundheits- und Wohnungspolitik entwickelt. Wir wollen eine eigenständige Kindergrundsicherung zur Bekämpfung der Kinderarmut.

Kinder und Familie im Zentrum

Unser Familienbegriff ist so vielschichtig wie die Lebensumstände der Menschen. Wir begreifen Familie als Ort, an dem Menschen verschiedener Generationen füreinander Verantwortung übernehmen: für Kinder, für ältere und kranke Menschen. Wir Grünen stehen für ein familien- und kinderfreundliches Baden-Württemberg. Wir glauben aber auch, dass dies zukünftig nur im Dialog mit den Generationen möglich ist. Es ist unsere politische Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die gewonnenen Lebensjahre älterer Menschen nicht nur einen Gewinn für den Einzelnen, sondern auch für die gesamte Gesellschaft darstellen können.

Für die Zukunft unseres Landes ist daher die Kinder- und Familienpolitik besonders wichtig: Die Förderung, die wir unseren Kindern zukommen lassen, wird deren Lebenswege maßgeblich prägen. Sie wird aber auch darüber entscheiden, in welcher Verfassung sich unser Land in einigen Jahrzehnten befinden wird. Jetzt in Kinder und Familien zu investieren, heißt an übermorgen denken. Grüne Politik stellt Kinder und Familien in den Mittelpunkt!

Lebensräume für Kinder und Familien

Eine moderne Familienpolitik muss sich an den Lebenswirklichkeiten der Menschen orientieren. Dabei müssen in erster Linie kinder- und familienfreundliche Lebensräume geschaffen werden. Dies setzt voraus, dass familiengerechter und auch bezahlbarer Wohnraum verfügbar gemacht wird, dass Freizeitangebote und ausreichende Grün- bzw. Spielflächen bereitgestellt und dass unsere Kinder vor den Gefahren der Umweltbelastung geschützt werden. Lokale Bündnisse mit verschiedenen Akteuren sind nötig, um vor Ort eine Infrastruktur zu schaffen, in der Familien nicht isoliert sind, sondern ausreichend Unterstützung erfahren. Wir wollen, dass in allen Politikfeldern – z.B. auch in der Arbeitsmarkt-, Verkehrs-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik - die Bedürfnisse von Kindern und Familien stärker berücksichtigt werden.

Vielfältige Angebote in der Kinderbetreuung

Aus grüner Sicht darf sich Familienpolitik nicht an überholten Familienbildern orientieren, sondern muss sich der Realität stellen. Wir Grünen treten deshalb für eine Umwidmung des Landeserziehungsgeldes zugunsten von Betreuungsstrukturen für unter Dreijährige ein. Denn für über 70 Prozent aller Eltern ist eine qualitativ gute Kinderbetreuung vordringlich. Mit dem veralteten Instrumentarium des Landeserziehungsgeldes ist dagegen keine moderne Familienpolitik möglich.

Jedes Kind hat das Recht, sich frei von Diskriminierung entfalten zu können. Dies muss unabhängig von der Familienform, von der sozialen und kulturellen Herkunft und unabhängig von körperlichen und geistigen Einschränkungen gelten. Jedes Kind hat ein Recht auf gewaltfreie Erziehung.

Die spezifische Lebenssituation von behinderten Kindern, von Kindern aus sozial benachteiligten Familien und Kindern aus Migrantenfamilien verlangt nach einer besonderen Förderung, um die gleichen Entwicklungschancen zu bekommen, wie andere Kinder.

Für uns hat jedes Kind nicht nur ein Recht auf Fürsorge, sondern auf eine eigenständige Entwicklung und eine umfassende ganzheitliche Bildung. Familien brauchen dafür entlastende, flexible und unterstützende Dienstleistungen, von der Kinderbetreuung über die Erziehungsberatung bis hin zu Umweltschutz und Mobilität.

Wir wollen ein breit gefächertes Angebot in der Kinderbetreuung, auch für die Gruppe der unter Dreijährigen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Tagespflege mit den Kleinkinderinstitutionen gleichgestellt wird. Auch in der Kindergartenlandschaft setzen wir auf Vielfalt: Wir unterstützen gemeindeübergreifende Einrichtungen wie Waldorf-, Wald-, Natur- und Betriebskindergärten, die in der kommunalen Förderung den Regelkindergärten gleichgestellt sein sollen. Wir Grünen betrachten sowohl den Kindergarten als auch Einrichtungen für unter Dreijährige als Orte, die einen Bildungsauftrag haben: Kinder sind von Geburt an neugierig, sie entdecken und erforschen die Welt mit all ihren Sinnen und haben eine natürliche Motivation zum Lernen. Die entscheidenden Bildungsjahre liegen in der frühen Kindheit. Kindertageseinrichtungen haben somit einen immensen Einfluss auf den Bildungsverlauf eines Kindes. Die PISA-Studie hat gezeigt, dass in Deutschland vor allem die frühkindliche Bildung besondere Defizite aufweist.

Die Räume in unseren Städten und Dörfern, in denen sich unsere Kinder frei und ungebunden bewegen können, werden immer kleiner und enger. Gleichzeitig steigt der Fernsehkonsum. Ausreichende Bewegung ist aber wichtiger Bestandteil des Lernens. Deshalb muss die motorische Entwicklung ebenfalls ein Schwerpunkt in der frühkindlichen Bildung sein. Kinder

sollen Spaß an Bewegung, an sportlicher Betätigung haben. Gesunde Ernährung in Kindergärten und Schulen muss selbstverständlich sein.

Bedarfsgerechter Ausbau der Kleinkindbetreuung

Wir Grünen wollen für Baden-Württemberg eine bedarfsgerechte Kleinkindbetreuung. Dazu ist ein stufenweiser Ausbau der Plätze nötig, um 2010 eine Betreuungsquote von mindestens 20 Prozent zu erreichen. Die bedarfsgerechte Kleinkindbetreuung soll durch die schrittweise Umwidmung des Landeserziehungsgeldes finanziert werden. Wichtig ist dabei auch die Gleichstellung der Tagespflege mit den Kleinkindeinrichtungen.

Chancen des demografischen Wandels nutzen

Die rückläufigen Geburtenraten bei erfreulicherweise gleichzeitig steigender Lebenserwartung führen auch in Baden-Württemberg zu einer Überalterung der Gesellschaft. 2040 werden nahezu 30 Prozent der Menschen in Baden-Württemberg 65 Jahre und älter sein. Alter ist kein sozialpolitisches Problem, sondern birgt ein großes Potenzial. Auf die Erfahrungen und Fähigkeiten älterer Menschen kann unsere Gesellschaft nicht verzichten. Statt vom Kampf der Generationen zu reden, setzen wir uns für ein konstruktives und solidarisches Miteinander der Generationen ein. Wir müssen die Herausforderungen des demografischen Wandels als Chance begreifen.

Bereits seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der über Sechzigjährigen in Baden-Württemberg größer als die der unter Zwanzigjährigen. Deshalb setzen wir uns besonders für gute Startchancen sowie für mehr Rechte und Perspektiven junger Menschen ein. Wir Grünen kämpfen dafür, dass alle Kinder und Jugendlichen auf einem soliden Bildungsfundament aufbauen können. Weil Bildung nicht nur in der Schule stattfindet, muss die außerschulische Jugendbildung gestärkt werden – z.B. durch Freistellung ehrenamtlicher JugendleiterInnen. In Jugendverbänden und -vereinen erwerben Jugendliche wichtige persönliche und soziale Kompetenzen. Das Ehrenamt im Jugendbereich muss vom Land gefördert und unterstützt werden. Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen auf kommunaler Ebene verbessern und Jugendgemeinderäte stärken. Wer in Zukunft verantwortungsbewusst entscheiden soll, muss bereits in jungen Jahren mitbestimmen können. Deshalb plädieren wir für ein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren bei Landtags- und Kommunalwahlen.

Die Gründe für die anhaltend niedrige Geburtenrate sind vielschichtig: Lebensentwürfe, Kinderwünsche und Familienplanung müssen aus der Sicht von Mann und Frau betrachtet werden. Wir Grünen erkennen alle Lebensentwürfe als gleichwertig und gleichberechtigt an und kritisieren die auf traditionelle Rollenmuster ausgerichtete Politik der CDU/FDP-Landesregierung. Da eine stabile Partnerschaft das wichtigste Kriterium für die Realisierung des Kinderwunsches ist, brauchen Paare und vor allem allein erziehende Mütter und Väter unterstützende Netzwerke und Angebote der Familien-, Paar- und Schwangerschaftsberatung. Besonders für allein erziehende Frauen und Männer ist die wirtschaftliche, gesellschaftliche und persönliche Situation oftmals prekär. Der Anteil kinderloser Frauen steigt mit dem Bildungsniveau. Wir wollen, dass Frauen Kinder und Karriere besser vereinbaren können.

Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Grüne Politik macht sich stark für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer. Dazu gehört in erster Linie ein ausreichendes und qualifiziertes Kinderbetreuungsangebot. Familien mit Kindern müssen auch in der Welt der Erwerbsarbeit mehr Berücksichtigung finden: Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmen und Behörden familienfreundlicher werden. Dazu gehören

flexiblere Arbeitszeiten, der Ausbau der Kinderbetreuung auch für unter Dreijährige, die Einrichtung von Betriebskindergärten sowie eine neue Arbeitskultur, die Familienverantwortung nicht als Defizit, sondern als Stärke von MitarbeiterInnen anerkennt. Der gesamte Öffentliche Dienst in Baden-Württemberg soll durch das Familien-Audit (familienfreundliche Gestaltung der Arbeitszeit, des Arbeitsplatzes, der Kinderbetreuung, des Wiedereinstiegs nach der Elternzeit etc.) eine Vorreiterrolle übernehmen. Eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit ist kinder- und familienfeindlich.

Weil Gesundheit und Leistungsfähigkeit jedoch nachlassen können, brauchen wir im Land Versorgungsstrukturen, welche die Lebensqualität und Selbstständigkeit älterer Menschen sichern. Hierzu gehören vielfältige neue Wohnformen, Netzwerke und eine gute lokale Infrastruktur. Eine vorausschauende Siedlungs- und Verkehrsplanung von Land und Kommunen ist entscheidend, um in einer alternden Gesellschaft möglichst viel Lebensqualität bei möglichst geringen Kosten zu erreichen. Die Förderprogramme des Landes wollen wir strikt am Grundsatz ausrichten: Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Baden-Württemberg braucht keine Flächen fressenden Wohngebiete und Einkaufszentren auf der Grünen Wiese, sondern lebendige Städte und Dörfer. Eine gute, flächendeckende und kundenfreundliche öffentliche Verkehrsinfrastruktur bietet älteren Menschen die Chance, sich selbst bestimmt und selbstständig zu versorgen und weiter am öffentlichen Leben teilzuhaben.

Der Alterungsprozess und die zunehmend steigende Zahl hoch betagter Menschen stellt uns vor eine zentrale Herausforderung: die Sicherung der Pflegemöglichkeiten. Dabei muss vor allem die Betreuung demenzkranker alter Menschen verbessert werden. Für uns ist daher die Schaffung einer qualitativ hochwertigen Pflegeinfrastruktur vor allem im ambulanten und teilstationären Bereich ein vorrangiges landespolitisches Ziel. Perspektivisch setzen wir uns für quartiersnahe ambulante Wohnbereiche im Bereich der Pflege ein. Zudem muss das Vor- und Umfeld der Pflege qualitativ verbessert werden und auch in Zukunft bezahlbar bleiben. Eine zentrale Forderung ist hier die Einführung des Pflegebudgets, getreu dem Motto 'ambulant vor stationär'.

Frauen verändern die Zukunft

Grüne Politik steht für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. Obwohl sich auch in Baden-Württemberg in den letzten Jahrzehnten einiges verbessert hat und viele Mädchen und Frauen heute selbstbewusst ihren Platz im Beruf und im öffentlichen Leben erobert haben, werden Wirtschafts- und Arbeitswelt wie Politik und Gesellschaft nach wie vor stark von traditionellen Geschlechterrollen bestimmt. Frauen leisten den Großteil der Familien- und Erziehungsarbeit, erhalten noch immer weniger Lohn als Männer und haben trotz gleicher oder besserer Qualifikation geringere Karrieremöglichkeiten.

Solange die Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer in Baden-Württemberg nicht verbessert werden, wird es keine Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen geben.

Fast 70 Prozent aller Frauen zwischen 15 und 65 Jahren sind heute erwerbstätig. In Führungspositionen sind Frauen immer noch weit unterrepräsentiert. Obwohl sich die berufliche Qualifikation von Männern und Frauen immer mehr angleicht, besetzen Frauen in Baden-Württemberg nur 18,3 Prozent aller Führungspositionen. Guter Wille reicht auch in Sachen Gleichstellung nicht aus. Deshalb brauchen wir ein effektiveres Landeschancengleichheitsgesetz, in dem auch eine Verankerung der kommunalen Frauenbeauftragten vorgesehen ist. Ein zukunftsorientiertes Land kann es sich nicht mehr leisten, das Potenzial und die Produktivität, Qualifikation und Kreativität vieler Frauen brachliegen zu lassen. In Baden-Württemberg gibt es immer noch über 100 Gemeinderäte ohne Frauen. Der Frauenanteil in

der Landesregierung liegt bei nur 7 Prozent. Damit bildet Baden-Württemberg bundesweit das Schlusslicht.

Gegen Gewalt an Frauen und Kindern

Wir müssen die Rahmenbedingungen für ein gewaltfreies Leben für Frauen in Baden-Württemberg entschlossen weiter verbessern. Die Finanzierung von Frauen- und Kinderschutzhäusern und Frauenberatungsstellen muss auch durch Landeszuschüsse verlässlich sichergestellt sein. Wir wollen, dass Zeuginnenschutzprogramme für Frauen, die im Falle von Zwangsprostitution oder Frauenhandel aussagen, niederschwelliger nutzbar sind, und dass diesen Frauen im Rahmen des Ausländerrechts großzügig Aufenthaltsmöglichkeiten gewährt werden. Prävention und Strafverfolgung bei Gewalt im engen sozialen Umfeld, z.B. bei Platzverweis oder bei "Stalking", müssen durch Information, Sensibilisierung und Vernetzung der zuständigen Ebenen effektiver gestaltet und weiter ausgebaut werden.

Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement

Bürgerschaftliches Engagement ist eine unabdingbare Voraussetzung für den Zusammenhalt der Gesellschaft, es ist die Grundvoraussetzung für eine funktionierende Bürgergesellschaft. Wir brauchen aktive BürgerInnen, weil eine lebendige Demokratie, ein funktionierendes Gemeinwesen auf die aktive Einmischung und Mithilfe seiner BürgerInnen angewiesen ist. Aktive BürgerInnen dürfen nicht als billiger Ersatz für wegfallende soziale Leistungen missbraucht werden.

Dazu sind verlässliche Rahmenbedingungen nötig, die gesellschaftliches Engagement fördern und soziale Einrichtungen, Freiwillige und Unternehmen vernetzen. Die Anerkennung und Würdigung der ehrenamtlichen Tätigkeit sind wesentliche Bausteine der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Dieses darf keine Einbahnstraße sein, sondern muss aufgewertet werden, z.B. durch steuerliche Absetzbarkeit oder durch das Sammeln von Bonuspunkten bei Bewerbungen. Für ein zeitgemäßes bürgerschaftliches Engagement sind die fachliche Qualifizierung und Begleitung sowie das Miteinander mit den „Professionellen“ auf gleicher Augenhöhe entscheidend. Das Land muss verlässliche Rahmenbedingungen schaffen und ausreichend Mittel zur Verfügung stellen, um das Engagement für nachhaltige Projekte der Lokalen Agenda oder entwicklungspolitische Projekte von Kirchen realisieren zu können.

Baden-Württemberg braucht Vielfalt

Wir Grünen stehen für eine pluralistische, offene Gesellschaft und eine neue Integrationspolitik. Beim Zuwanderungsgesetz wären wir Grünen gerne mutigere Schritte gegangen. Zumindest wurde auf Bundesebene der Tatsache Rechnung getragen, dass durch dauerhafte Niederlassung und die zweite und dritte Generation immer mehr Menschen trotz fremder Staatsangehörigkeit zu InländerInnen geworden sind. Die CDU/FDP-Regierung unterläuft die Umsetzung dieser neu geschaffenen Gestaltungsspielräume im Land. Sie hebt die Verbesserungen beim humanitären Flüchtlingsschutz aus. Wir wollen die Kettenduldungen bei Flüchtlingen, die lange hier leben und integriert sind, abschaffen und ihnen ein gesichertes Bleiberecht geben. Außerdem ist es dringend geboten, den Beschluss der Innenministerkonferenz rückgängig zu machen, dass Flüchtlinge aus dem Kosovo und aus Afghanistan wieder in ihre Heimat zurückkehren müssen. Zudem muss die Härtefallkommission von ihren engen staatlichen Fesseln befreit werden, damit sie im Einzelfall Gerechtigkeit herstellen kann. Wir müssen die zunehmend inakzeptablen Abschiebungspraktiken beenden. Familien dürfen nicht auseinander gerissen und Kontakte zum Anwalt nicht absichtlich unterbunden werden. Ein solches Vorgehen der zuständigen Behörden, in dem die Rechte der AusländerInnen ignoriert und missachtet werden, verurteilen wir scharf. Wir setzen uns dafür ein, dass die Härtefallkommission mit einfacher Mehrheit entscheidet, und dass Flüchtlingsorganisationen ein Mitspracherecht haben. Wir sind davon überzeugt, dass sich aktive Integrationsför-

derung auszahlt. Das Land muss seinen Anteil dazu beisteuern und darf nicht länger die Verantwortung an den Bund und die Kommunen delegieren.

Integration heißt nicht Assimilierung, sondern ist ein beständiger Prozess gesellschaftlicher Verständigung über die gemeinsamen Grundlagen und Regeln des Zusammenlebens. Dazu gehören für uns die Anerkennung der Werte des Grundgesetzes und deutsche Sprachkenntnisse. Dazu gehört aber auch die Toleranz und kulturelle Offenheit, die Verschiedenheit zulässt. Wir wollen der Tendenz entgegenwirken, dass immer mehr Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund dem Sportunterricht oder Klassenausflügen auf Druck der Eltern fern bleiben müssen. Multikulturelle Vielfalt wird heute schon in Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Sport als Selbstverständlichkeit und Bereicherung empfunden. Die Gleichstellung von MigrantInnen muss sich in allen Bereichen widerspiegeln. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass sich öffentliche Einrichtungen wie Schule, Verwaltung, Polizei und Gesundheitswesen verstärkt um die Einstellung von MigrantInnen bemühen.

Die Gleichstellung aller Religionen an baden-württembergischen Schulen ist für uns von besonderer Bedeutung, da es sich hierbei um die Umsetzung eines verfassungsrechtlichen Anspruchs auf religiöse Gleichstellung handelt. Persönliche religiöse Symbole, wie das muslimische Kopftuch oder das christliche Kreuz, sollen weder bei LehrerInnen noch bei ErzieherInnen generell verboten werden. Kinder sollen schon früh die Erfahrung machen, dass es unterschiedliche Religionen gibt. Die Verbotspolitik der Landesregierung lehnen wir ab, denn sie schafft ein Klima der Intoleranz. Die vom Land praktizierte Ungleichbehandlung von muslimischen und christlichen Symbolen ist sogar verfassungswidrig. Ein erster Schritt ist die Einführung von islamischem Religionsunterricht; diesem Unterricht kommt gleichzeitig eine hohe integrationspolitische Bedeutung zu. Wir wollen jetzt das Augenmerk auf die Einrichtung eines Lehrstuhls für islamische Theologie richten. Ethikunterricht muss als gleichberechtigtes Wahlpflichtfach ab Klasse 1 eingeführt werden.

Gleiche Liebe, gleiche Rechte

Wir Grünen stehen für die Anerkennung von Verschiedenheit und Gleichberechtigung aller Menschen. Mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft wurde die rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen deutlich verbessert. Aber in Baden-Württemberg wurde das Landesrecht noch immer nicht an das Lebenspartnerschaftsgesetz angepasst. Im Schulunterricht sollen die verschiedenen sexuellen Orientierungen wertneutral behandelt werden. Wir wollen, dass gleichgeschlechtliche Paare in jeder baden-württembergischen Kommune ihre Lebenspartnerschaft auf dem Standesamt eintragen lassen können. Und selbstverständlich müssen sie auch im Erbrecht und bei der Hinterbliebenenversorgung im Beamtenrecht gleichgestellt werden. Auch in Zeiten knapper Kassen wollen wir das Beratungsangebot für Homo-, Bi- und Transsexuelle auf- und ausbauen, gerade auch im ländlichen Raum. Getreu unserem modernen und vielfältigen Familienbegriff wollen wir Lesben und Schwulen nach der Stiefkindadoption jetzt auch schnellstmöglich das volle Adoptionsrecht gewähren, denn wir wollen Vorfahrt für Kinder – in jeder Beziehung.

Teilhabe und Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen

Es ist unser Ziel, Menschen mit Behinderungen und deren Familien ein selbstständiges und selbst bestimmtes Leben zu ermöglichen. Als wesentliche Voraussetzung gehört für uns dazu, die Entscheidungsfreiheit bei der Wahl des Lebensortes, den Ausbau bedarfsgerechter Hilfen und die Unterstützung zum selbstständigen Wohnen weiter zu fördern. Hierzu gehören barrierefreie Wohnungen und öffentliche Angebote ebenso wie betreutes selbstständiges Wohnen. Die schnelle Umsetzung barrierefreier Online-Angebote von öffentlichen Stellen wollen wir fördern. Versorgungsstrukturen müssen sich den Bedürfnissen der Menschen anpassen, nicht umgekehrt. Das persönliche Budget ist für uns eine Möglichkeit, damit Behinderte selbst bestimmt in ihren eigenen vier Wänden leben können. Hierzu müssen ambulante und teilstationäre Angebote ausgebaut werden, ohne gute stationäre Angebote zu ge-

fährden, denn auch diese werden gebraucht. Auch gilt es, auf frauenspezifische Belange besonders Rücksicht zu nehmen.

Gesundheit

Wir Grünen verstehen Gesundheit im ganzheitlichen Sinne. Grüne Gesundheitspolitik muss die psychosozialen Aspekte ebenso umfassen wie die Prävention und die Unterstützung von Selbsthilfegruppen.

Vorbeugen ist besser als Heilen

Gesundheitsförderung und Vermeidung von Krankheiten, Reduzierung gesundheitlicher Risiken am Arbeitsplatz und präventiver Arbeitsschutz stehen für uns im Vordergrund. Eine Schadstoffe reduzierende und Ressourcen schonende Verkehrs- und Umweltpolitik und eine konsequente Verbraucherschutzpolitik sind zentrale Grundlagen dieses neuen Verständnisses. Für uns steht dabei das Recht auf Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der Menschen im Mittelpunkt. Daher werden von uns auch Ansätze der Selbstorganisation und Selbsthilfe unterstützt.

Die im öffentlichen Gesundheitswesen tätigen Akteure wie Selbsthilfegruppen, ambulante Arztpraxen, Krankenhäuser und Krankenversicherungen sind für eine an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Gesundheitsplanung und -versorgung verantwortlich. Das heutige Gesundheitssystem ist einseitig kurativ ausgerichtet. Wir werden Gesundheitsförderung, Prävention sowie Rehabilitation stärken. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die Menschen die Wahlfreiheit zwischen Schulmedizin und alternativen Heilmethoden haben.

Prävention umfasst für uns nicht nur medizinische, sondern auch soziale Aspekte, denn Gesundheit ist eng mit der sozialen Lage und den Bildungsstatus verknüpft. Prävention und Gesundheitsförderung dienen somit auch dem Abbau ungleicher sozialer Gesundheitschancen. Die Verabschiedung des auch von der Landesregierung über den Bundesrat gestoppten Präventionsgesetzes ist dafür unabdingbar. Aus grüner Sicht ist es auch notwendig, dass in der gesundheitlichen Prävention ein geschlechterdifferenzierter Ansatz zum Tragen kommt. Frauen sind anderen Gesundheitsrisiken ausgesetzt als Männer, ein sinnvoller Präventionsansatz muss diese Unterschiede berücksichtigen.

Aids- und HIV-Prävention stärken

Die steigende Zahl der HIV-Neuinfizierungen in Deutschland zeigt, dass HIV und Aids weiterhin ein ernstes Problem darstellen. Gleichzeitig jedoch hat das Risikobewusstsein, insbesondere bei jüngeren Menschen, deutlich nachgelassen. Durch die Fortschritte in der Therapie (über-)leben zwar immer mehr HIV-positive Menschen, aber heilbar ist Aids nach wie vor nicht. Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass das differenzierte Angebot der Aids-Hilfen mit ihrer zielgruppenspezifischen Prävention, Beratung, Betreuung und Versorgung von Menschen mit HIV und Aids in Baden-Württemberg erhalten bleibt und die Präventionsarbeit v. a. bei jungen Menschen ausgebaut wird.

Gesundheitsversorgung in der Fläche

Mehrere Faktoren haben zu einer Veränderung der Krankenhauslandschaft in Baden-Württemberg geführt. Nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklung, der Einführung von Fallpauschalen und eines verschärften Wettbewerbs muss das Land aus grüner Sicht steuernd in diesen Umbauprozess eingreifen. Wir wollen, dass der notwendige Strukturwandel ohne Qualitätsverlust vonstatten geht und dass das Land seinen Sicherstellungsauftrag wahrnimmt. Ziel muss sein, die Qualität für die betroffenen Menschen zu erhalten. Dazu ist es jedoch nötig, dass die Veränderungen in der Krankenhauslandschaft als Chance

begriffen werden, um neue Möglichkeiten der Krankenversorgung - wie die integrierte Versorgung – umzusetzen. Krankenhäuser sollen sich zu "Gesundheitszentren" entwickeln. Eine entsprechende wohnortnahe Versorgung wird dabei auch in der Fläche gesichert bleiben.

Einer der größten "Bremsklötze" für innovative Krankenhausträger ist die unzureichende Investitionsfinanzierung durch das Land. In den letzten zehn Jahren ist die Krankenhausförderung durch das Land Baden-Württemberg real um fast 20 Prozent gesunken. Dadurch ist ein erheblicher Investitionsstau in den Krankenhäusern entstanden. Somit fehlt den Krankenhäusern vielfach das Geld für kosten senkende Investitionen. Zusammen mit dem Finanzierungsbedarf, der durch die notwendigen Investitionen in die Änderungen der Ablauf- und Angebotsstrukturen in den nächsten Jahren entstehen wird, tut sich hier ein milliardenschweres Investitionsloch auf. Wir wollen, dass das Land seinem Sicherstellungsauftrag und den damit verbundenen Investitionsverpflichtungen nachkommt. Wir wollen leistungsfähige Krankenhäuser, die sich für eine patientennahe und qualitativ hochwertige Versorgung einsetzen. Damit eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Krankenhausversorgung aber auch auf Dauer gewährleistet ist, ist bundesweit ein schlüssiges Konzept zur zukünftigen Krankenhausfinanzierung erforderlich.

Für eine wirksame Suchtpolitik

Wir brauchen zukünftig ein wirksames und differenziertes Suchthilfekonzept, in dem Prävention, Therapie und Schadensminderung als gleichberechtigte Säulen nebeneinander stehen.

Immer mehr Kinder und Jugendliche greifen zu Zigaretten, Cannabis und Alkohol. Deshalb muss Suchtprävention mit der Förderung sozialer Kompetenz schon im Kindergarten und in der Grundschule ansetzen und in den weiterführenden Schulen mit sachlicher Aufklärung und spezifischen Informationen sinnvoll fortgesetzt werden.

Wir fordern strukturelle Maßnahmen beim Nichtraucher- und Jugendschutz, wie die rauchfreie Schule, Unzugänglichkeit von Zigarettenautomaten für Kinder und Werbebeschränkungen für Alkohol- und Tabakprodukte.

Bei weichen Drogen wie Cannabis wollen wir unter Berücksichtigung des Jugendschutzes eine legale Abgabeform ermöglichen. Wir fordern die klare Festsetzung von Grenzwerten beim Führerscheinentzug und eine Gleichbehandlung von Alkohol und Cannabis in dieser Frage.

Wir Grünen sind gegen eine Suchtpolitik, die auf Kriminalisierung und Repression setzt. Abhängige Menschen betrachten wir als Hilfsbedürftige, die wir in ihrer jeweiligen Lebenssituation unterstützen wollen: Dazu gehört ein Netz von niederschweligen Hilfsangeboten bis hin zu ausstiegsorientierten Therapieplätzen, die eine selbst bestimmte Lebensperspektive ermöglichen.

Substitutionsbehandlungen mit psychosozialer Begleitung sollen weitere HIV- und Hepatitisinfektionen reduzieren sowie Beschaffungskriminalität verhindern. Wir setzen uns für die umgehende arzneirechtliche Überführung des Heroinmodellprojekts in eine von mehreren Regelbehandlungen für Drogenabhängige ein.

Um den Kommunen den Weg frei zu machen, Konsumräume für Drogenabhängige zu betreiben, fordern wir vom Land die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen.

Verantwortungsvolles Baden-Württemberg

Die Grünen wollen einen verantwortungsvollen Staat, der gemeinsam mit den BürgerInnen die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für ein lebenswertes, kluges, erfolgreiches, und gerechtes Baden-Württemberg schafft.

Wir sind Zeuginnen tief greifender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Veränderungen. Der demografische Wandel führt zu großen Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung und damit verbunden zu neuen Siedlungs-, Wohn- und Betreuungsformen sowie zu Veränderungen in deren Finanzierung. Der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung wird in den kommenden Jahrzehnten angesichts dieser Entwicklung deutlich zurückgehen. Das Verhältnis von EinzahlerInnen und LeistungsempfängerInnen wird sich insbesondere bei der Rentenversicherung dramatisch verschieben.

Das Zeitalter des Öls ist Vergangenheit, die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien. Die zunehmende globale Verflechtung birgt Chancen und Risiken für viele Wirtschaftszweige. Gleichzeitig sind die öffentlichen Haushalte stark überschuldet. Der Staat kann, wie bisher gewohnt, für die Nachsorge wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Probleme finanziell nicht mehr aufkommen.

Wir wollen einen aktiven Staat, der mit effizienten, handlungsfähigen und bürgernahen Regierungs- und Verwaltungsformen den Rahmen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gestalten kann.

Sehr positiv ist, dass die Bereitschaft vieler BürgerInnen wächst, sich einzumischen und die Probleme vor Ort selbst in die Hand zu nehmen. Örtliche Initiativen und Netzwerke entstehen, aktives und kritisches bürgerschaftliches Engagement wird zu einem wichtigen gesellschaftlichen Faktor.

Wir sagen: Wenn sich die Gesellschaft ändert, dann müssen sich die Regierungsweise und die Verwaltungsstrukturen des Staates ebenfalls ändern. Verantwortliche Politik muss sich auf neue Entwicklungen einstellen. Sie muss dafür sorgen, dass der Staat neu entstehende Aufgaben wahrnehmen kann und dort Zuständigkeiten abgibt, wo bisherige Aufgaben besser von anderen übernommen werden können.

Einerseits ist klar, dass der Staat sich nicht weiter verschulden kann. Andererseits muss er in seinen Kernaufgaben 'Bildung', 'Bürgerrechte und Sicherheit', 'Umwelt' und 'Sozialer Ausgleich' handlungsfähiger werden. Die Rahmenbedingungen und öffentlichen Investitionen, ohne die eine demokratische Gesellschaft auch wirtschaftlich auf Dauer nicht erfolgreich sein kann, müssen gesichert werden.

Deshalb wollen wir die Bürgerbeteiligung stärken. Wir wollen die Mitwirkungsrechte aller Menschen in den Kommunen erweitern und dabei besonders junge Menschen motivieren. Wir befürworten die Initiative "Mehr Demokratie", die kommunale Bürgerbegehren erleichtern und unterstützen will.

Jugendpartizipation stärken

Jugendliche sind von kommunalen Entscheidungen unmittelbar betroffen und haben keine Möglichkeit, über Wahlen an der politischen Willensbildung teilzunehmen. Wir wollen des-

halb die Beteiligung von Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen vor allem auf kommunaler Ebene massiv stärken.

Die Gemeinden werden dazu verpflichtet, Jugendliche einzubinden – aus der bisherigen "Kann"-Regelung wird eine "Muss"-Regelung. Ob dies über einen klassischen Jugendgemeinderat, über einen Schülerrat oder über Jugendforen erfolgt, bleibt den Kommunen überlassen, die ein individuelles Konzept mit den Jugendlichen der Gemeinde erarbeiten müssen. Das Land muss den Jugendvertretungen die Möglichkeit geben, Anträge im Gemeinderat einzubringen und in den Jugendhilfeausschüssen stimmberechtigte Sitze zu erhalten. Hier erweist sich die Gemeindeverordnung des Landes allerdings als Hürde für die Jugendvertretungen.

Zudem wollen wir die Altersgrenze für das Wahlrecht bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre herabsetzen.

Verantwortliche Politik heißt: Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik

Es kann nicht beruhigen, dass Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern – nach Bayern und Sachsen – relativ gut dasteht. Schon heute kann die CDU/FDP-Landesregierung nur noch durch Tricks und Drehs einen verfassungswidrigen Staatshaushaltsplan vermeiden. Das jährliche Haushaltsdefizit hat mittlerweile 3 Mrd. Euro jährlich erreicht – dies entspricht 10 Prozent des Landeshaushalts!

Der Schuldenberg des Landes Baden-Württemberg wird immer größer. Allein während der Regierungszeit von Erwin Teufel haben sich die Schulden des Landes verdoppelt – von 40 Mrd. DM auf über 40 Mrd. Euro. Das Land muss pro Jahr rund 2 Mrd. Euro neue Kredite aufnehmen, um die Zinsen tilgen zu können: Wir zahlen heute für die Schulden der Vergangenheit. Das Land gerät so immer weiter in die Schuldenfalle. Diese Entwicklung kann und darf so nicht weitergehen.

Zu den ausgewiesenen Schulden kommen noch die "unsichtbaren" Schulden des Landes aus den Pensionszahlungen für seine BeamtInnen. Diese Verpflichtungen werden in den nächsten 20 Jahren dramatisch ansteigen.

Wir hinterlassen unseren Kindern einen Schuldenberg, der die zukünftigen politischen Handlungsspielräume für eine ökologische und soziale Politik dramatisch einengen wird. Verantwortungsvolle Finanzpolitik bedeutet für uns Grünen, dass wir den nachfolgenden Generationen nicht mehr Lasten aufbürden dürfen, als wir selbst zu tragen im Stande sind. Die Grünen wollen deshalb das Prinzip der Nachhaltigkeit auch in der Finanzpolitik zum Leitthema machen.

Wir Grünen zeigen, dass es möglich ist, zu einem nachhaltigen Landeshaushalt ohne zusätzliche Schulden zurückzukehren. Voraussetzung hierfür ist, dass konsequente Aufgabenkritik betrieben wird und neue Schwerpunkte bei den Kernaufgaben gesetzt werden. Deswegen werden wir alle Vorschriften, Verordnungen und Gesetze des Landes auf ihre Sinnhaftigkeit überprüfen und mit einer befristeten Laufzeit versehen. Wir müssen in den nächsten Jahren die laufenden Ausgaben des Landes für Personal- und Sachkosten um 10 Prozent reduzieren. In den nächsten zehn Jahren werden viele MitarbeiterInnen des Landes in den Ruhestand verabschiedet, so dass die Zahl der bisher weit über 200.000 Personalstellen um 10 Prozent reduziert werden kann, ohne dass es zu Entlassungen kommt. Durch konsequente Energieeinsparungen und die vermehrte Nutzung von Heizsystemen mit erneuerbaren Energien lassen sich z.B. allein bei den Sachkosten der vielen tausend landeseigenen Gebäude mittelfristig Millionenbeträge einsparen.

Steuern: Solidarisch und wettbewerbsfähig!

Die baden-württembergische Landesregierung hat über den Bundesrat viele Vorschläge der rot-grünen Bundesregierung zum Abbau von steuerlichen Subventionen blockiert, obwohl der Landeshaushalt ein großes Schuldenproblem hat und deshalb dringend zusätzliche Einnahmen benötigt hätte. Das war unverantwortlich. Den Regierungsparteien war parteipolitische Blockade wichtiger als die Verantwortung für unser Bundesland.

Aufgrund der Haushaltslage können die notwendigen strukturellen Reformen im Steuerrecht nicht mehr wie bisher mit Entlastungen für BürgerInnen und Unternehmen verbunden werden. Verantwortungsvolle Steuerpolitik darf nicht zu Lasten der Haushalte in Bund und Ländern gehen. Unser Ziel bleibt ein einfaches und gerechtes Einkommensteuerrecht, das sich an der individuellen Leistungsfähigkeit orientiert, einen progressiven Tarif hat und grundsätzlich alle Einkunftsarten gleich stark belastet.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Erbschaftssteuer, deren Einnahmen direkt ans Land abgeführt werden, vereinfacht wird. Grünes Ziel ist es, durch ein höheres Erbschaftsteueraufkommen zusätzliche Bildungsinvestitionen zu ermöglichen und so einen besseren Ausgleich zwischen Erben und Nicht-Erben zu schaffen. Dazu wollen wir eine marktnähere Bewertung des Immobilienvermögens, einen vereinfachten Tarif und eine höhere Belastung großer Erbschaften, ohne dabei kleine Unternehmen zu gefährden. Ehepaare und eingetragene Partnerschaften sollen gleichgestellt werden. Neue Steuerschlupflöcher bei der Erbschaftssteuer, die zu Einnahmeausfällen in den Länderhaushalten führen, lehnen wir ab.

Auf Landesebene wollen wir gezielt und wirksam Steuerbetrug und Steuerhinterziehung bekämpfen. Diese Maßnahmen sind - ebenso wie die Steuergesetzgebung auf Bundesebene - ein wichtiger Beitrag zur Steuergerechtigkeit und stabilisieren die Einnahmen des Landes bzw. der Kommunen.

Der Umsatzsteuerbetrug kostet die öffentlichen Haushalte Jahr für Jahr ca. 20 Mrd. Euro. Dies ist nicht nur angesichts knapper Kassen unverantwortlich und ungerecht. Wir fordern, dass der Umsatzsteuerbetrug in Baden-Württemberg gezielt bekämpft wird, um damit die Umsatzsteuereinnahmen zu stabilisieren. Deshalb wollen wir das ineffektive Nebeneinander von 16 Steuerverwaltungen abschaffen und setzen uns für die Errichtung einer Bundessteuerverwaltung ein. Steuer(nicht)erhebung darf nicht als falsch verstandenes Instrument der Wirtschaftsförderung missbraucht werden. Ein modernes Risikomanagement im Finanzamt richtet die Ermittlungen gezielt auf kritische Bereiche und reduziert den Aufwand für ehrliche BürgerInnen und Unternehmen.

Verantwortung bei knappen Kassen

Die finanzpolitische Herausforderung für die Zukunft lautet: Sparen und gleichzeitig Gestalten. Dies bedeutet, Prioritäten zu setzen. Für uns sind die Themen Bildung, Forschung, ökologische Modernisierung und sozialer Ausgleich die wichtigsten Aufgabenbereiche, um die zukünftige Lebensqualität zu erhalten und Arbeitsplätze in Baden-Württemberg zu sichern. Dazu gehört eine geschlechtergerechte Haushaltsführung (Gender Budgeting).

Wir stellen nicht erst in diesem Zusammenhang den jetzigen Staatsaufbau in Baden-Württemberg in Frage. Land - Regierungspräsidien – Regionalverbände - Landkreise – Gemeinden: Dieser Verwaltungsaufbau entspricht nicht mehr dem heutigen Lebensalltag unserer Gesellschaft. Erwin Teufel hat mit dem letzten Verwaltungsumbau veraltete Strukturen zementiert, die Zuständigkeiten weiter zersplittert und die baden-württembergische "Landrätedemokratie" gestärkt.

Der Verband Region Stuttgart (VRS), der einzige Regionalverband im Land mit einem gewählten Parlament, beweist seit über zehn Jahren erfolgreich, dass es auch anders geht. Hier wurde eine politische Einheit geschaffen, die an die Lebens- und Arbeitswelt der Men-

schen im Mittleren Neckarraum angepasst ist. Die Verantwortung des Verbands für die Regionalplanung und die regionale Verkehrsplanung ermöglicht es, grüne Daseinsvorsorge zu betreiben: zum einen bei den Themen Flächeninanspruchnahme und Gewerbeansiedelungen auf der grünen Wiese, zum anderen bei der Förderung des ÖPNV und der Realisierung von Kosteneffizienz- und Synergiepotenzialen.

Diese beiden Bereiche sind als harte Standortfaktoren von entscheidender Bedeutung für ein lebens- und liebenswertes Baden-Württemberg. Deswegen dient die politische Verfassung des VRS als Vorbild für eine grüne Verwaltungsreform für ganz Baden-Württemberg, bei der wir die Regierungspräsidien mittelfristig abschaffen und die zwölf Regionen im Land weiter stärken wollen.

Wir wollen den VRS und seine direkt gewählte Regionalversammlung stärken. CDU und FDP im Landtag haben dies bisher verhindert. Als wichtigsten Schritt muss der Verband der Region Stuttgart die Gesamtverantwortung für den öffentlichen Verkehr der Region bekommen, um das bisherige Kompetenzwirrwarr aufzulösen. Wir begrüßen die Gründung der Metropolregion Rhein-Neckar, fordern aber eine Demokratisierung der Regionalversammlung durch die Direktwahl ihrer Mitglieder.

Die Regionen haben sich gemeinsam mit den Kommunen gewappnet, die wichtigen Aufgaben im ÖPNV, im Natur- und Umweltschutz, der Raumplanung, der Abfallwirtschaft, der Wirtschafts- und Tourismusförderung und dem Gesundheitswesen zu lösen. Wir unterstützen Besonderheiten wie die länderübergreifende Zusammenarbeit (z.B. Region Rhein – Neckar, Oberrhein, Südbaden). Wir wollen die demokratische Mitsprache der BürgerInnen und gewählten RätInnen auf allen Verwaltungsebenen. Auch die LandrätInnen sollen direkt gewählt werden. Um Interessenkonflikte zu vermeiden, sollen BürgermeisterInnen nicht dem Kreistag angehören dürfen. Wir setzen uns für eine transparentere Aufgabenverteilung zwischen den Gemeinden, den Regionen und dem Land ein.

"Warum denn gleich in die Luft gehen?"

Gegenwärtig fördert das Land Messen und Flughäfen generös mit hohem finanziellem Aufwand. Allein der Bau der Neuen Messe auf den Fildern wird das Land mit mindestens 240 Mio. Euro belasten. Wir halten die staatliche Alimentierung von Regionalflughäfen und Messen nicht für die Kernaufgabe des Landes. Grüne Wirtschaftsförderung heißt, statt unsinniger Großstrukturen kleine und mittelständische Unternehmen und ExistenzgründerInnen zu fördern.

Mehr Verantwortung und Engagement in der öffentlichen Verwaltung

Ein erfolgreiches Bundesland braucht einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst mit motivierten Beschäftigten und einer leistungsgerechten Bezahlung. Wir treten deshalb dafür ein, dass Baden-Württemberg endlich seine Blockadehaltung aufgibt und den zwischen Bund, Kommunen und der Gewerkschaft ver.di ausgehandelten Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes (TVÖD) übernimmt. Dazu gehören aus unserer Sicht: eine leistungsorientierte Vergütung, mehr Verantwortlichkeiten vor Ort, die Einstellung neuer MitarbeiterInnen als Angestellte statt als Beamte - wo immer dies möglich ist -, eine konsequente Weiterbildung der Beschäftigten sowie die Besetzung von Leitungsfunktionen auf Zeit.

Baden Württemberg hat als öffentlicher Arbeitgeber und als Eigentümer von Beteiligungen an privaten Unternehmen eine besondere beschäftigungspolitische Verantwortung. Als Investor, Aufsichtsbehörde und Moderator muss es aktiv dafür eintreten, dass öffentlich finanzierte Leistungen nicht unter unwürdigen und untertariflichen Bedingungen erbracht werden.

Mehr Markt beim Staat

In Zeiten knapper Kassen gilt es, neue Kooperationsformen zwischen Staat und Markt zu prüfen und zu erschließen. Wir befürworten, dass Öffentliche Hand und Privatwirtschaft gemeinsam Aufgaben in solchen Public-Private-Partnership-Modellen (PPP) schultern, die für den öffentlichen Auftraggeber einen echten Vorteil bringen und nicht nur eine Vorfinanzierung durch verdeckte Schulden darstellen. Gute PPP-Modelle können nicht nur Leistungen an private Unternehmen in den Bereichen Planung, Vermessung und Instandsetzung vergeben. Sie tragen auch dazu bei, dass bei Investitionen zur Energieeinsparung diejenigen Investitionen, die zu Beginn notwendig sind, durch die spätere Energieeinsparung finanziert werden. Dies entlastet sowohl die Umwelt als auch die Staatskasse.

Der kooperative Staat: Bürgerschaftliches Engagement fördern

Viele BürgerInnen engagieren sich heute in Initiativen, Selbsthilfegruppen, Vereinen und öffentlichen Einrichtungen und kümmern sich ehrenamtlich um soziale, gesundheitliche, ökologische, kulturelle und sportliche Belange in ihrem Lebensumfeld. Dieses bürgerschaftliche Engagement verdient Anerkennung und muss gefördert werden.

Auf Druck der Opposition musste die bisherige Landesregierung im Staatshaushaltsplan 2005/2006 beabsichtigte Kürzungen bei der Förderung ehrenamtlichen Engagements zurücknehmen. Wir setzen uns mit allem Nachdruck dafür ein, die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements weiterzuführen und zu verbessern.

Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen

Gesellschaftliches Engagement beschränkt sich nicht nur auf Einzelpersonen. Auch Unternehmen sind Teil des Gemeinwesens und daher gefordert, sich in ihrem gesellschaftlichen Umfeld zu engagieren. In Baden-Württemberg sind es gerade die zahlreichen kleinen und mittelständischen Betriebe, bei denen noch ein großes Potenzial für gesellschaftliches Engagement liegt. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass es für Unternehmen attraktiv wird, sich als "corporate citizens" zu engagieren. Wichtig ist dabei vor allem die Vernetzung und Vermittlung zwischen Unternehmen und sozialen Einrichtungen.

Sicherheit gewährleisten – Bürgerrechte verteidigen

Die Terroranschläge der letzten Jahre hatten zur Folge, dass sich das Kräfteverhältnis von Freiheit und Sicherheit hin zu einem verstärkten Sicherheitsbedürfnis verschoben hat. Die veränderte Sicherheitslage stellt die Politik vor neue Herausforderungen. Die BürgerInnen haben einen Anspruch darauf, dass wir konsequent alle rechtsstaatlichen Instrumente einsetzen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Im Kampf gegen den Terrorismus dürfen Sicherheitserfordernisse jedoch die Rechte und Freiheiten der BürgerInnen nicht unverhältnismäßig einschränken. In einer offenen Gesellschaft kann es keine lückenlose Sicherheit geben. Freiheitsrechte dürfen nicht durch ihren Abbau verteidigt werden. Die Wahrung der Grund- und Menschenrechte hat für uns hohe Priorität. Alle Maßnahmen, die in die Freiheitsrechte von BürgerInnen eingreifen, müssen sich stets am Prinzip der Verhältnismäßigkeit messen lassen. Sicherheitsgesetze, die in Grundrechte eingreifen wie beispielsweise das neue Verfassungsschutzgesetz, wollen wir zeitlich befristen, so dass die Auswirkungen der Freiheitseingriffe durch das Parlament immer wieder evaluiert und kritisch überprüft werden können. Sollten sich einzelne Regelungen als praxisuntauglich oder vor dem Hintergrund der künftigen Sicherheitslage als unverhältnismäßig herausstellen, müssen sie verändert bzw. aufgehoben werden. Die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit muss stetig austariert werden.

"Der Mensch hat ein Recht darauf, in Ruhe gelassen zu werden"

Diese Formulierung des Bundesverfassungsgerichts im Urteil zum großen Lauschangriff ist Leitlinie unserer Politik. Die Datensammelsucht des Staates stellt eine ernste Bedrohung der Bürgerrechte dar. Der Schutz des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung darf nicht durch hastigen Aktionismus wie der häufigen Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen oder der umfassenden Ausweitung des genetischen Fingerabdrucks Preis gegeben werden. Die ausufernde Aushöhlung des Datenschutzes stellt ansonsten den Rechtsstaat in Frage, den zu schützen das Ziel aller Sicherheitsgesetze ist.

Informationsfreiheit für Jedermann

Informationsfreiheit und mehr Transparenz im öffentlichen Verwaltungsapparat beugt Korruption vor, animiert zu mehr Bürgerbeteiligung und belebt die Demokratie. Mit dem von uns vorgelegten Informationsfreiheitsgesetz erhalten alle BürgerInnen das Recht auf freien Informationszugang zu allen öffentlichen Stellen. Das Gesetz befindet sich noch im Gesetzgebungsverfahren, könnte aber bei Verabschiedung durch den Landtag noch in dieser Wahlperiode in Kraft treten.

Jugendkriminalität - Erziehung statt Strafe

Bei der Kriminalitätsbekämpfung setzen CDU und FDP oftmals einseitig auf Repression. Die steigende Jugendkriminalität will die Landesregierung mit Strafrechtsverschärfungen bekämpfen. Diese reichen von einer Erhöhung der Höchststrafe für Jugendliche von 10 auf 15 Jahre, der generellen Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende bis hin zu einer Sicherungsverwahrung für Jugendliche und Heranwachsende sowie der Einführung eines allgemeinen Warnschussarrests. Wir lehnen dieses rein repressive Konzept nach dem Motto 'Erziehung durch Strafe' entschieden ab. Eine intelligente Kriminalpolitik setzt so früh wie möglich an und legt den Schwerpunkt auf Prävention, nicht Repression. Insbesondere bei der Drogen- und Jugendkriminalität spielen zielgruppennahe Prävention und Hilfe eine entscheidende Rolle. Der Grundgedanke des Jugendstrafrechts muss auch weiterhin 'Erziehung statt Strafe' lauten, denn nur so können wir die Ursachen der Jugendkriminalität verantwortungsvoll bekämpfen.

Bürgernahe und starke Justiz

Um auch künftig eine leistungsfähige Justiz zu gewährleisten, müssen deren Aufgaben und Strukturen auf den Prüfstand gestellt und Effizienzpotenziale besser genutzt werden. Die hochtrabend als 'Große Justizreform' angekündigte Justizreform der Landesregierung hat sich bis auf ein Pilotprojekt für die Privatisierung der Bewährungshilfe in Luft aufgelöst. Die ursprünglichen Pläne für ein freies Notariat, die Übertragung der Handelsregister an die IHKs u. a. sind versandet. Zu einer grundlegenden Strukturreform in den Kernbereichen der Justiz, die den Namen 'Große Justizreform' auch tatsächlich verdient hätte, fehlte der Landesregierung von Anfang an der Wille. Die Folgen der Personaleinsparungen lassen sich jedoch langfristig nur durch Effizienzsteigerungen auffangen, z.B. durch eine Konzentration bzw. Reduzierung von Gerichtsstandorten.

Effektive und bürgernahe Polizei

Die Polizei als ein Eckpfeiler der Sicherheit in unserem Land soll sich durch Bürgernähe und Flexibilität auszeichnen, um den neuen Herausforderungen der Kriminalitätsbekämpfung wirksam begegnen zu können.

Deshalb setzen wir uns für eine moderne Ausstattung der Polizei ein, z.B. mit Digitalfunk. Im Sinne der Bürgernähe lehnen wir die weitere Reduzierung von Polizeiposten und Polizeirevieren ab. Zusätzliche JugendsachbearbeiterInnen halten wir für dringend erforderlich, um den besonderen Anforderungen bei der Behandlung straffällig gewordener Jugendlicher gerecht zu werden.

Wir treten für eine leistungsgerechte Besoldung bei der Polizei ein und lehnen weitere Kürzungen bei den Besoldungsgruppen bis einschließlich A 12 ab. Damit die Polizei ihre personellen und sachlichen Kapazitäten für ihre Kernaufgaben wie der Kriminalitätsbekämpfung optimal einsetzen kann, sollen kostspielige Großeinsätze der Polizei bei kommerziellen Großereignissen künftig unter finanzieller Beteiligung der privaten Veranstalter stattfinden.

Verfassung effizienter schützen

Auch die Aufgaben und Arbeitsweisen des Verfassungsschutzes haben sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Die geänderte Aufgabenstellung im Zusammenhang mit dem internationalen Terrorismus macht es erforderlich, Sachmittel und Personal für diese Arbeit bereitzustellen. Ausgehend von der These, dass aufgeklärte BürgerInnen den besten Schutz für unsere Verfassung darstellen, zählt Aufklärungsarbeit zu den Hauptaufgaben. Da ein hoher Anteil aller gewonnenen Erkenntnisse aus frei zugänglichen Quellen stammt, wollen wir prüfen, ob die Aufklärungsarbeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen auf Stellen außerhalb des Verfassungsschutzes in Zusammenarbeit mit Wissenschaft und politischer Bildung übertragen werden kann.

Dezentrale Strukturen mit eigenen Landesämtern erleichtern eine effektive demokratische Kontrolle des Verfassungsschutzes. Allerdings müssen die Defizite bei der Zusammenarbeit zwischen den Landesbehörden und dem Bundesamt für Verfassungsschutz beseitigt werden.

Für ein gerechtes Wahlrecht in Baden-Württemberg

Das geltende Landtagswahlrecht in Baden-Württemberg benachteiligt kleine Parteien und führt damit zu einer Verzerrung des Wählerwillens. Von einer Chancengleichheit kann keine Rede sein, vor allem aufgrund der extremen Größenunterschiede bei den Wahlkreisen - die Abweichungen von der durchschnittlichen Wahlkreisgröße betragen über 25 Prozent. Das Verfassungsprinzip der Gleichheit der Wahl, wonach jeder Stimme bei der Sitzverteilung im Landtag das gleiche Gewicht zukommen muss, soll auch in Baden-Württemberg optimal umgesetzt werden. Wir treten daher für ein moderneres Sitzverteilungsverfahren ein, das sich hinsichtlich der Größe der Parteien neutral verhält, sowie für eine Anpassung der Wahlkreisgrößen, um eine demokratische Abbildung des Wählerwillens sicherzustellen.

Rechtsradikalismus bekämpfen

Rechtsradikalismus und rechtsextreme Gewalt sind auch in Baden-Württemberg ein Problem – die steigende Zahl von rechtsextremen Gewalttaten und GewalttäterInnen sowie eine aktive rechtsextreme Szene und zahlreiche Demonstrationen haben das gezeigt.

Der Kampf gegen Rechtsradikalismus und Antisemitismus ist zentrales Anliegen unserer Politik. Initiativen gegen Rechts wollen wir politisch und finanziell fördern. Solange die CDU Baden-Württemberg das Studienzentrum Weikersheim unterstützt und sich von Personen wie Hans Karl Filbinger nicht distanziert, ist sie im Kampf gegen Rechts unglaubwürdig. Wir wollen die Zuständigen bei Polizei, Justiz, Verfassungsschutz und Verwaltung für das Problem Rechtsextremismus sensibilisieren und sie darin bestärken, gegen den Rechtsextremismus vorzugehen. Das wirkungsvollste Mittel gegen Rechts ist eine aktive, demokratische Zivilgesellschaft. An den Schulen in Baden-Württemberg setzen wir auf eine umfassende historische und politische Bildung, die zum Ziel hat, alle SchülerInnen für demokratische Werte und Menschenrechte zu gewinnen.

Für mehr Lebensqualität vor Ort

Die Haushalte der Städte und Gemeinden bieten vielerorts ein düsteres Bild. Die Folge sind massive Probleme, die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge zu erhalten und die Lebensqualität vor Ort zu sichern: Büchereien, Jugendtreffs, Schwimmbäder und Musikschu-

len werden geschlossen, Öffnungszeiten von Kindergärten wieder eingeschränkt. Wenn die Gemeinden gezwungen sind, ihre Leistungen für die Daseinsvorsorge immer weiter zurück zu nehmen, verschlechtert dies vor allem die Angebote für Kinder und Jugendliche im sozialen und kulturellen Bereich. Vielerorts scheitern dringende kommunale Angebote derzeit an der fehlenden Finanzausstattung, z.B. bei der Betreuung der unter Dreijährigen. Und der Rückgang der kommunalen Investitionen wirkt sich auch auf die Auftragslage von Handwerk und Gewerbe vor Ort aus.

Dennoch kürzt die CDU/FDP-Regierung die Mittel für die Kommunen, überträgt ihnen gleichzeitig jedoch weitere Aufgaben, ohne die entsprechende Finanzierung zu sichern. Wir sind für eine faire Verantwortungspartnerschaft mit den Städten und Gemeinden des Landes, weil die Leistungen der Gemeinden für die örtliche Lebensqualität und Daseinsvorsorge unverzichtbar sind. Dazu gehören für uns eine Konsolidierung der kommunalen Finanzausstattung, die sich strikt an den örtlichen Aufgaben orientiert, und die Verankerung eines Beteiligungsrechts der Kommunen bei Gesetzgebungsvorhaben des Landes nach dem Vorbild Österreichs. Wir treten für die Weiterführung der Gemeindefinanzreform ein, um auf Dauer eine stetige Entwicklung der Steuerkraft und Steuereinnahmen der Kommunen sowie ein stabiles finanzielles Bindeglied zwischen der örtlichen Wirtschaft, den Städten und Gemeinden zu erreichen.

Bund und Länder: Klare Zuständigkeiten

Wir brauchen möglichst schnell eine Föderalismusreform. Die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern sind so sehr verflochten, dass daraus nicht nur große Effizienzverluste resultieren, sondern es den BürgerInnen zunehmend erschwert, die Verantwortung für politische Entscheidungen zuzuordnen. Die Blockademöglichkeiten des Bundesrates können die Handlungsfähigkeit einer Bundesregierung über Gebühr einschränken.

Eine Revitalisierung des Föderalismus kann daher nachhaltig nur gelingen, wenn die Länder ihre Hauptaufgabe nicht darin sehen, bei Entscheidungen des Bundes mitzuwirken, sondern eigene Aufgaben erledigen. Das bedeutet, dass die Gestaltungsmacht der Landesparlamente durch mehr eigenständige Gesetzgebungskompetenzen auch bei der Steuergesetzgebung gestärkt und im Gegenzug die Zahl der im Bundesrat zustimmungspflichtigen Gesetze drastisch reduziert werden muss. Die gescheiterte Föderalismuskommission hat hierzu bereits Vorschläge erarbeitet.

Wenn wir unsere politische Ordnung stärker nach dem Subsidiaritätsprinzip gestalten, haben die BürgerInnen wieder mehr Einfluss auf den Gang der Dinge. Denn mehr Länderkompetenzen bedeuten auch, dass die Länder wiederum sehr viel mehr Entscheidungen den Städten und Gemeinden überlassen können. Dabei muss das Konnexitätsprinzip ('Wer bestellt, bezahlt') auch im Grundgesetz verankert werden. Gerade auf dieser Ebene kann die Bürger- und Zivilgesellschaft gestärkt und damit auch die Anspruchshaltung gegenüber dem Staat zurück geschraubt werden.

Schuldenbremse in die Landesverfassung!

Im Jahr 2001 wurde folgende Bestimmung per Volksabstimmung in die Schweizer Bundesverfassung aufgenommen: „Die staatlichen Ausgaben müssen sich 'auf Dauer' nach den zu erwartenden Einnahmen richten. Damit wird die Staatsverschuldung in der Schweiz dauerhaft reduziert.“

Wir wollen diese verbindliche 'Schuldenbremse' auch in der baden-württembergischen Landesverfassung verankern, d.h. die Höhe des staatlichen Ausgabenwachstums soll deutlich auf unterhalb des zu erwartenden Wirtschaftswachstums begrenzt werden.

Impressum:

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg
Forststr. 93
70176 Stuttgart
Fon: (0711) 99359-0
Fax: (0711) 99359-99
Mail: landesverband@gruene-bw.de
<http://www.gruene-bw.de>